

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Vorkosten: 20 Pf. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Österreich 1 Mark 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pr. Monat. Eingez. in der Post-Verwaltung - Preisliste für 1896 unter Nr. 7877.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Beirathungs-Anzeigen 20 Pf. Insetten für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Amt I. Nr. 1508
Telegraph-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Freitag, den 24. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Ein neues Programm für die Gewerkschaften.

Man schreibt uns:

Die nicht wegzuleugnende Thatsache, daß der letzte allgemeine Gewerkschaftskongress, der hier in Berlin tagte, recht bescheidene Resultate zeitigte, hat die Frankfurter Gewerkschaftsmitglieder veranlaßt, der Frage nach diesem Mißerfolge näher zu treten.

Es wurde zu diesem Behufe eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung berufen, in welcher der Parteigenosse Dr. Quard das Referat übernommen hatte. Der Referent wie die übrigen Verhandlungsredner erklärten sich von den Ergebnissen der Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses nicht befriedigt. Eine Ansicht, die wohl nicht nur in Frankfurt, sondern in der klassenbewußten Arbeiterschaft ganz Deutschlands geteilt wird.

Ein Unterschied in der Beurteilung dieses Vorganges dürfte nur insoweit vorhanden sein, als in weiten Kreisen der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft das Fiasco, das der Gewerkschaftskongress gemacht hat, als nach Lage der Sache unvermeidlich, vorausgesehen und deshalb auch mit großem Gleichmuth egetragen wurde. Durch diese negative Beurteilung der Verhandlungen überrascht worden, sie glauben nicht, daß dasselbe in den allgemeinen Verhältnissen seinen Grund hat und sie suchen deshalb nach den besonderen Ursachen und glauben, wenn letztere beseitigt wären, dann lassen sich auch glücklichere Erfolge erzielen.

Dieser letzteren Auffassung ist ersichtlich die Frankfurter Versammlung und deren Referent gewesen. Der letztere findet die Ursache des Mißerfolges in der zu engen Begrenzung der Aufgaben des Gewerkschaftskongresses wie der Gewerkschaften überhaupt. Dieselben haben bisher im wesentlichen sich darauf beschränkt, das Unterstüßungswesen und Streikangelegenheiten zu regeln, sie müßten aber eine weitgreifendere Thätigkeit entfalten und vor allem an den sozialpolitischen Gesetzentwürfen thätigen Antheil nehmen. Um Einheitlichkeit in diese Bewegung hinein zu bringen, welche bisher noch fehlt, sollen die Vertrauensmänner der deutschen Gewerkschaftskartelle, sowie die Vertrauensmänner der einzelnen Branchen mehr Fühlung und Verbindung mit einander zu erhalten suchen und darauf hinarbeiten, daß künftig in bestimmten Zwischenräumen neben den Kongressen der Gewerkschaften regelmäßig ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongress stattfindet, welcher von öffentlich gewählten Delegirten besetzt ist und die Stellung der Arbeiter zu den einzelnen Fragen der Sozialgesetzgebung einheitlicher als bisher regelt.

Die Gewerkschaften, gleichgültig ob zentralisirt oder lokal organisirt, sollen also offen, neben ihrer Aufgabe, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder ein-

zuwirken, sich als politische Vereinigungen geriren und in dem allgemeinen Gewerkschaftskongress sich ein Organ schaffen, durch das ihren politischen Bestrebungen die Richtung gegeben und der Allgemeinwille zum Ausdruck gebracht werden solle.

Wir wollen nun hier von der Untersuchung der Frage, welche Wirkungen bei der heutigen Lage der Gewerkschaftsorganisation ein solches Vorgehen für die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen haben könnte, absehen. Die Frankfurter Versammlung mit ihrem Referenten scheinen sich ja über die Konsequenzen ihres Vorschlages klar gewesen zu sein. Nach ihnen entspricht es der Ueberlieferung und den Tendenzen der klassenbewußten Arbeiterbewegung, nach neuen Mitteln und Wegen zur Erreichung ihrer neuen Ziele zu suchen und nicht, wie es bedauerlicherweise auf dem letzten Berliner Gewerkschaftskongress geschehen ist, die Behandlung der Sozialgesetzgebung einfach aus Scheu vor dem polizeilichen Einschreiten abzulehnen. Die künstliche Ausscheidung der Gesetzgebungs-Fragen würde sonst zur Verumpfung der Gewerkschaftsbewegung führen.

Das klingt nun zwar sehr tapfer, aber dahinter steckt nichts. Eine Operation, die damit beginnt, daß sie als sicher rechnet, daß die Organisationen, auf die sie sich stützen will und muß, bei dem ersten praktischen Versuche in die Luft fliegen werden, ist von vornherein verunglückt. Unsere Frankfurter Pfadfinder scheinen auch keine Ahnung davon zu haben, welche Ausumme von Arbeit, Schwierigkeiten und Störungen für die Leitung eines gewerkschaftlichen Zentralverbandes die polizeiliche Auflösung eines solchen im Gefolge hat. Wir aber behaupten, ein allgemeiner Gewerkschaftskongress mit politischer Tagesordnung wäre mit der Gefahr einer umfänglicheren Auflösung der zentralisirten Gewerkschaften viel zu theuer erkauft. Es wird aber in absehbarer Zeit auch nicht zur Verwirklichung dieses Planes kommen, die Leiter der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen werden sich dem stets widersetzen, und sie müssen dies thun im Interesse der Existenz ihrer Organisationen. Gerade um dieses Planes willen, der jetzt von Frankfurt aus wieder zur Diskussion gestellt wird, der aber vor Jahren von der Generalkommission der Gewerkschaften schon angeregt worden ist, also durchaus nicht neu ist, kam es ja in den Gewerkschaften selbst zu jenen Auseinandersetzungen mit der Generalkommission, welche die Existenz der letzteren in Frage stellten. Mit ein paar kühnen Worten ist also diese praktische Schwierigkeit nicht beseitigt.

Aber von dieser Seite der Frage ganz abgesehen, liegt denn wirklich ein Bedürfnis vor, neben den zahlreichen Kongressen und Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften und Berufen und den allgemeinen Parteitag,

welche alljährlich stattfinden, in bestimmten Zwischenräumen auch noch allgemeine Gewerkschaftskongresse zu berufen?

Wir wollen keine Zukunftsmusik treiben und wir lassen die Verantwortung dieser Frage für die Zukunft deshalb offen, für die Gegenwart verneinen wir sie aber auf das allerentschiedenste. Kongresse, wie der letzte allgemeine Gewerkschaftskongress sind nach keiner Richtung ein Bedürfnis und die großen dafür notwendigen Summen können viel nützlicher für gewerkschaftliche Zwecke anderer Art Verwendung finden.

Zu diesem unseren Urtheile kommen wir, weil uns das negative Resultat des letzten Kongresses durchaus keine zufällige Erscheinung ist, die sich leicht hätte vermeiden lassen, sondern weil wir die Ueberzeugung haben, daß das Ergebnis gar kein anderes sein konnte, als es thatsächlich gewesen ist. Man täusche sich doch nicht über die Dinge, wie sie wirklich sind.

Eine Gewerkschaftsbewegung mit nur „praktischen“ Zielen, wie sie von einer Anzahl sozialreformatorisch angehauchter Gelehrten und Bureaukraten bei uns in Deutschland, nach ausländischem und speziell englischem Muster, angestrebt wird — sie ist neben der Existenz einer großen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nur in sehr beschränktem Maße möglich. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß sich in unseren eigenen Reihen Leute befinden, die durch ihren Drang nach praktischer Thätigkeit immer wieder zu dem Versuche geführt werden, neben unseren weitläufigen Zielen kleine Verbesserungsversuche nebenher zu machen.

Wir sind weit entfernt, wegen dieses Strebens irgend jemand einen Vorwurf zu machen. Wir halten dasselbe sogar für notwendig und unterstützen es, wo es sich innerhalb der notwendigen Grenzen hält. Aber zur Hauptsache in unserer Bewegung darf dieses Streben nicht werden.

Wir behaupten weiter, daß, so lange wir eine große politische Arbeiterpartei in Deutschland haben werden, welche den Vorkampf für die politische Freiheit überhaupt, und die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse im besondern übernommen hat, es Sache dieser Partei ist, die Aufgaben zu lösen, welche der Frankfurter Vorschlag den allgemeinen Gewerkschaftskongressen überweisen möchte.

Wir lassen den Einwurf, daß die Parteitage für solche Aufgaben keine Zeit haben und daß dort die nöthigen Spezialkenntnisse fehlen, nicht gelten. Ein Blick auf die Verhandlungsgegenstände unserer Parteitage und die Art, wie dort die Verhandlungen geführt werden sind, widerlegen diesen Einwurf. Ein Vergleich unserer Parteitage mit den beiden allgemeinen Gewerkschaftskongressen läßt die letzteren weit gegen die ersteren zurückstehen, auch was die Behandlung der allgemeinen praktischen Arbeiterinteressen betrifft.

Es besteht also gar kein Bedürfnis nach einem Organ,

29]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Ist der Baron allein?“ fragte Adrian.

„Wohl nicht, edler Ritter; ein fremder Herr ist bei ihm — doch für Euch wird er zu sprechen sein.“
„Gut, laß mich ein. Ich will mich nach seinem Befinden erkundigen.“

Der Diener öffnete die Thüre, durch die mancher neidische und spähende Blick drang, und Adrian wurde durch einen Pagen empfangen, der der besondere Liebling des alten Herrn war. Durch ein anderes, großes und einsames Zimmer trat Adrian in ein kleines Kabinet, in dem er seinen Verwandten fand.

Vor einem mit Papieren bedeckten Tisch saß der alte Colonna; ein mit Pelzwerk reich besetztes Gewand umhüllte seine stattliche Gestalt; unter einer runden Mütze drangen einige graue Locken hervor, und fielen auf einen langen und ehrwürdigen Bart. In den Zügen des alten Patriarchen, der sein achtzigstes Jahr längst zurückgelegt hatte, bemerkte man noch die Spuren einer Liebesschwermüdigkeit, durch die er sich in seinem Mannesalter ausgezeichnet hatte. Seine, wenn auch tiefstehenden Augen waren noch dunkel und lebendig und glänzten in allem Feuer der Jugend, sein Mund, gefällig, doch halb satirisch lächelnd, und seine ganze Erscheinung war einnehmend und gebieterisch, mehr die hohe Abstammung, die schlaue Gewandtheit, als die kühne Tapferkeit des Patriarchen andeutend, heizt und die lähne Tapferkeit des Patriarchen andeutend, als seine Heuchelei und den zur Gewohnheit gewordenen Sinn für Unterdrückung und Gewaltthätigkeit.

Stephan Colonna war, ohne gerade ein aller Gefahren spottender Held zu sein, in der That tapferer, als die meisten Römer, obgleich er fest an dem italienischen Grundsatz hielt, nie einen Feind zu bekämpfen, so lange es möglich ist, ihn zu überlisten. Zwei Fehler jedoch verminderten

die Erfolge seiner Klugheit: eine außerordentliche Selbstsucht und eine zu große Zuversicht auf die Resultate seiner eigenen Erfahrungen. Wenn er auch allgemein für einen gewandten Diplomaten galt, so war ihm doch nur die List des Intriganten, nicht die Vorsicht des Staatsmannes eigen. Der Stolz jedoch, der ihn im Glück übermüthig machte, hielt ihn auch im Unglück aufrecht. In den früheren Schicksalen eines Lebens, das er meistens in der Verbannung zubrachte, hatte er manche edle Eigenschaften der Kraft, der Ausdauer und wirklichen Seelengröße entwickelt, welche bewiesen, daß seine Fehler mehr eine Folge der Verhältnisse, als seinem Wesen eigenthümlich waren. Sein zahlreiches und edles Geschlecht war stolz auf sein Oberhaupt und mit recht, denn er war der fähigste und gebrühteste, nicht allein von dem Zweige des Colonna, sondern vielleicht auch von noch mächtigeren Familien.

Neben Stephan Colonna saß an demselben Tisch ein Mann von edlem Aussehen, ungefähr dreiunddreißig bis vierunddreißig Jahre alt, in welchem Adrian gleich Walter von Montreal erkannte. Die persönliche Erscheinung dieses berühmten Ritters entsprach keineswegs dem Schrecken, den sein Name allgemein erregt hatte. Seine Züge waren regelmäßig und fast von weiblicher Anmuth und Zartheit. Sein schönes langes Haar umwallte frei die weiche und glatte Stirne; das kriegerische Leben und die italienische Sonne hatten nur wenig die gesunde Gesichtsfarbe gebräunt, die noch ihre Jugendblüthe behauptete. Seine lichtbraunen Augen waren groß, glänzend und durchdringend, und ein kurzer, mit soldatischer Zierlichkeit gehaltener Schnurr- und Backenbart, etwas dunkler als das Haar, gaben ihm ein kriegerisches Aussehen, aber mehr jenes, das den Helden der Höfe und Turniere, als das den Räuberhauptmann hätte errathen lassen.

Der Ritter schien in lebhafter Unterhaltung begriffen, indem er sich zu dem Colonna leicht hinüberbog, und seine beiden Hände — die nach der gewöhnlichen Bildung des

alten normännischen Geschlechts, von dem Montreal, wenn auch in der Provence geboten, abzustammen sich rühmte, klein und zart, und deren Finger, der Sitte der Zeit gemäß, mit Edelsteinen bedeckt waren — auf den goldenen Griff eines großen Schwertes stützte, auf dessen Scheide die Silberlinien kunstreich gearbeitet waren, die das Abzeichen der provencalischen Bruderschaft zu Jerusalem darstellten.

„Guten Morgen!“ sagte Stephan zu dem eintretenden Adrian, „setzt Euch und lernt in diesem ritterlichen Besuch den berühmten Herrn von Montreal kennen.“

„Ah!“ sagte Montreal lächelnd, indem er Adrian begrüßte, „und wie befindet sich die Dame zu Hause?“

„Ihr irrt Euch, Herr Ritter,“ bemerkte Stephan, „mein junger Verwandter ist nicht verheirathet; das ist in der That, wie der Papst Bonifacius sagte, als er auf dem Krankenbett lag und sein Beichtvater ihn auf Abraham's Schooß verträufelte, das ist ein um so größerer Genuß, je weiter er noch entfernt liegt.“

„Ihr werdet meinen Irrthum entschuldigen,“ erwiderte Montreal.

„Aber nicht,“ entgegnete Adrian, „Eure Nachlässigkeit, daß Ihr Euch nicht persönlich von der Thatfache habt überzeugen wollen. Ich bin ihm mehr Dank schuldig, als Ihr wißt, edler Stephan, und er ver sprach mir, mich zu besuchen, um meinen Dank entgegenzunehmen.“

„Ich versichere Euch,“ antwortete Montreal, „daß ich die Einladung nicht vergessen habe; aber bisher hatte ich so wichtige Geschäfte in Rom, daß ich gezwungen war, meine Ungeduld, unsere Bekanntschaft zu erneuern, zu zügel.“

„Also Ihr hattet Euch schon vorher kennen gelernt,“ sagte Stephan, „und wie?“

„Edler Herr, unsere erste Bekanntschaft steht zu einer Dame in Beziehung,“ erwiderte Montreal, „entschuldigen mein Schweigen.“

(Fortsetzung folgt.)

wie es von Frankfurt aus verlangt wird. Wohl aber besteht die Gefahr, daß, wenn die Frankfurter Vorschläge verwirklicht würden, damit der Anlaß zu Eifersüchteleien, Neibereien und Fäulerien noch in viel größerem Umfang gegeben würde, als dies leider heute schon vielfach der Fall ist. Man lese doch die Berichte des letzten Gewerkschaftskongresses aufmerksam. Was hatten denn die dort mit besonderer Vorliebe zum besten gegebenen Redensarten, wie z. B. die vom souveränen Volk der deutschen Gewerkschaften u. a. für einen Zweck als den, einen künstlichen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei zu konstruieren. Charakteristisch ist es doch auch, daß dem Kongreß schließlich von allen deutschen Gewerkschaftsblättern dasjenige zur eventuellen Benutzung der Generalkommission empfohlen wurde, welches von jeher am allerentschiedensten seine Unabhängigkeit gegenüber der politischen Arbeiterbewegung betonte und dessen bisheriger Redakteur letzten ja das interessanteste Gesandnis ablegte, daß es zu seinen speziellen Aufgaben gehörte, sich gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Organe stets als auf Vorposten befändig zu betrachten.

Daß bei solcher Lage die deutsche klassenbewusste Arbeiterschaft besondere Anstrengungen machen soll, um eine Institution lebensfähig zu machen, welche einerseits altbewährte, mit großen Opfern erreichte Organisationen in ihrer Existenz bedroht und andererseits die Gefahr in sich birgt, den Keim der Zwietracht unter den Arbeitern zu legen und zu pflegen, dem können wir nicht zustimmen. Wenn es deshalb in dem Bericht über die Frankfurter Verhandlungen heißt:

„Die Gewerkschaftsarbeit aller Orte, sowie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter überhaupt, werden aufgefordert, obige Vorschläge in der nächsten Zeit in öffentlicher Gewerkschaftsversammlung recht regen zu diskutieren und über sie Beschluß zu fassen“

so haben wir gegen das Diskutieren der Vorschläge nichts. Den Arbeitern aber können wir nur den Rath geben, sich recht genau zu überlegen, welche Wirkungen die Verwirklichung der Vorschläge haben kann.

Der Londoner Kongreß und die Anarchisten. *)

London, den 18. Juli.

Je näher der Internationale Kongreß rückt, umso mehr zeigt es sich, daß auch er nicht ohne seine Anarchisten-Debatte abgehen wird. Die Anarchisten entfalten eine fieberhafte Thätigkeit, eine möglichst große Anzahl von Delegirten von Anfang an in den Kongreß hineinzubringen, um dann sofort eine Debatte über die vom Brüsseler und Züricher Kongreß aufgestellten Zulassungsbedingungen zu provozieren. Und das sie damit nicht allein dadurch zeigen die von den Holländern Neuenhuis'scher Observanz und einigen englischen Arbeitervereinen eingebrachten Anträge auf Umstufung jener Beschlüsse.

Es ist nicht anzunehmen, daß jene Anträge durchgehen werden, ich glaube nicht einmal, daß das Verlangen der Anarchisten, sich an den Arbeiten des Kongresses zu betheiligen, bei der Mehrheit von ihnen sehr intensiv ist. Wir wenigstens ist es unverständlich, wie man ernstlich das Bedürfnis verspüren kann, mit Leuten kollegialisch zu verhalten, die man jahraus, jahrein nicht müde wird, als korruptes Gesindel zu denunzieren. Zudem werden ja auch schon die nöthigen Vorbereitungen für einen Gegenkongreß getroffen, der hinterher sein Anathema über die böse Sozialdemokratie zum besten zu geben haben wird.

Es liegt auf der Hand, daß die Perspektive eines solchen anarchischen Gegen- oder Sonderkongresses niemand schrecken kann. Wollen die Anarchisten und ihre Freunde einen eigenen Kongreß abhalten, so kann man ihnen nur Glück dazu wünschen und es ihnen überlassen, wie sie die grundsätzliche Gegnerschaft gegen jedes Repräsentativsystem mit den Voraussetzungen eines Kongresses in Einklang zu bringen vermögen. Die große Wahrscheinlichkeit ist, daß das so deutlich sich abzeichnende Doppelspiel auf die große Mehrheit der Delegirten zum Internationalen Sozialistenkongreß nur die Wirkung haben wird, sie zur Beschleunigung der Abstimmung im Sinne der Züricher Beschlüsse zu veranlassen. Man wird kurzen Prozeß mit Leuten machen wollen, die nur gekommen sind, dem Kongreß Zeit wegzunehmen, ihm Knüttel in den Weg zu werfen.

Diese Voraussicht läßt es uns zeitgemäß erscheinen, der Frage einige Worte zu widmen, nach welchen Grundsätzen der Kongreß diesen Gegenstand am besten zur Entscheidung bringen würde.

Offenbar handelt es sich da nicht um eine einfache Machtfrage, sondern in hohem Grade um eine Frage des Rechts. Und es genügt nicht, das Bewußtsein seines guten Rechts für sich zu haben, man muß auch im Stande sein, anderen die Ueberzeugung beizubringen, daß man aus besseren Motiven handelt als die der Mäntze, der Ausschlußsucht, der Unlust, die Stimme der Kritik zu vernachlässigen. Der Internationale Kongreß verliert einen großen Theil seines Wertes, wenn er die öffentliche Meinung a priori gegen sich einnimmt, wenn er sich zu einem Verfahren hinreißt, bei dem er als eine Körperschaft intoleranter dogmatischer Sektirer erscheint. Sage man nicht, der Kongreß hat mit der öffentlichen Meinung nicht zu rechnen, weil sie die Meinung der Gegner ist. Errens ist sie nicht nur die Meinung der Gegner und zweitens giebt es verschiedene Arten von Gegnern. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, die Probe, daß das Urtheil der Gegner immer genau das Gegenheil des wirklichen Sachverhalts ausdrückt, für mehr als eine Ueberzeugung einer bedingten Wahrheit nehmen. Wie hart auch der politische oder Klaffen Gegensatz, er fällt nicht das ganze Leben unserer Zeit aus, er bedroht nicht das ganze Denken und Fühlen der Individuen. Es giebt noch Punkte, wo wir mindestens mit einem großen Theil der Gegner auf gemeinsamem Boden stehen. Und umfomehr, je vorgeschrittener das Land, je höher seine politische Entwicklung im Sinne moderner Demokratie.

Der Kongreß wird in einem Lande abgehalten werden, wo die Freiheit der Rede höher geschätzt wird, als irgendwo sonst in der Welt, wo eine Achtung vor der Ueberzeugung des Nebenmenschen der Masse der Angehörigen aller Parteien in Fleisch und Blut übergegangen ist, die dem an die Sitten des Polizei- und Militärdiktates Gewohnten zunächst unfähig erscheint. Statt aller Beispiele, die darüber anzuführen wären, braucht man nur auf die Rückwirkung zu verweisen, die diese Zustände auf selbständige Revolutionäre auszuüben pflegen, die sich hier niederlassen. Die Malatista Merino, die Krappottin und Louise Michel sind in England als Propagandisten der „Zbat“ zu reinen Propagandisten der Doktrin geworden, die von der Sozialdemokratie eben nur ihre Staats- und Gesetzgebungs-Gegnerschaft trennt. Und aber in England sehen wir denn auch, neben allerhand Intriganten, ehrliche, geschickte und bewährte Sozial-

*) Wir haben uns über diese Frage bereits ausgesprochen, und können durch die Ausführungen unseres geschätzten Mitarbeiter, soweit sie ein größeres Entgegenkommen, als uns zuschicken, zu beschwören schreiben, in unserer Auffassung nicht erschüttert werden. Im Gegentheil die Gleichheit der Grundanschauung und der letzten Schlussfolgerung bestärkt uns nur in unserer Ansicht. Wir sind wahrlich für Gerechtigkeit, allein wo böser Wille vorliegt, ist „Nachgiebigkeit“ Schwäche. Und den Engländern dies für den vorliegenden Fall klar zu machen, wird nicht schwer fallen. H. v. W.

demokraten sich dagegen erheben, daß man die Anarchisten aus dem Kongreß ausschließt. Es wäre sehr voreilig, darin einen Beweis theoretischer Unklarheit zu erblicken. Hier, wo es alltäglich vorkommt, daß Leute aus den verschiedensten, sich untereinander bitter bekämpfenden Parteien für irgend einen gemeinsamen Zweck politischen Charakters (Protest gegen eine Gesetzworlage, ein auswärtiges Unternehmen u.) zusammentreten, muß es daher nach dem Befremdenden erscheinen, daß Leute, die sich zum Sozialismus bekennen — und das thun die Anarchisten gegenwärtig — wegen Abweichungen in einzelnen Punkten der Doktrin oder Taktik von einer Beratung ausgeschlossen werden sollen, wo es sich um Formulierung von Forderungen der Arbeiterklasse handelt, die das ganze Gebiet des modernen Wirtschaftslbens umfassen.

Es handelt sich also, von vornherein gar keinen Irrthum darüber aufkommen zu lassen, aus welchen Gründen eine beschränkende Vorschrift für den Kongreßbesuch für notwendig erachtet wird — alles zu vermeiden, was der gewissenhaft propagirten Ansicht Vorschub leistet, dieselbe sei der Bedemantel für dogmatischen Meinungszwang und persönlicher Nachsicht.

Vor einigen Tagen brachte der „Vorwärts“ einen Brief aus Holland, worin berichtet wurde, daß die Holländische Sozialdemokratische Partei beschlossen habe, aus dem Kongreß die Nichtzulassung der Delegirten des Neuenhuis'schen Sozialistenbundes zu beantragen, angeichts der maßlos verleumderischen Kritik, die das Organ jenes Bundes über das organisierende Komitee des Kongresses gebracht habe. Ich habe die Artikel nicht gesehen, zwüsche aber keinen Augenblick daran, daß sie aus Gift und Lüge wider alles Zusammengehört sind, was auf dem einseitigen Neuenhuis so entschieden vertretenen Standpunkt steht. Wie wäre sonst Platz für sie im „Recht vor Allen“. Aber ein Grund zum Ausschluß von Neuenhuis oder Cohen aus dem Internationalen Kongreß sind sie nicht. Eine bestimmte Organisation oder eine in geschlossenem Rahmen wirkende Partei kann von ihren Angehörigen verlangen, in ihrer Kritik bei der Wahrheit zu bleiben und neben ihnen kämpfenden mit sachlichen Argumenten gegenüberzutreten. Der Internationale Kongreß kann in dieser Hinsicht nur Wünsche und Erwartungen aussprechen. Disziplin über seine Sitzungen hinaus kann er nicht ausüben. Ein Versuch in dieser Richtung müßte zu erblosen Rekriminationen führen. Der Kongreß ist kein Sittentribunal.

Es giebt nur einen Gesichtspunkt, von dem er sich bei der Frage der Zulassung von Delegirten bestimmen lassen darf, und das ist die Vorsorge für eine gedeihliche Erledigung seiner Aufgaben. Beweis, dazu gehört auch guter Wille der einzelnen Teilnehmer, aber da es uns nun einmal nicht gegeben ist, Herz und Nieren zu prüfen, muß dieser überall da vorausgesetzt werden, wo Gemeinsamkeit der Ziele bekannt wird, und gegen böswillige Störungen hat der Kongreß sein Bureau. Nun ist aber Gemeinsamkeit der Ziele ein sehr unbestimmter Begriff und gewährleistet, selbst überall guten Willen vorausgesetzt, noch keineswegs eine gedeihliche Erledigung der Aufgaben des Kongresses, wenn nicht von vornherein ein gemeinsamer Boden der Debatte gegeben ist. Das ist so sehr allgemein anerkannt, hat sich so allgemein als notwendig erwiesen, daß heute gar keine internationale Konferenz mehr stattfinden, ohne daß man sich von vornherein das Feld der Debatte absteckt. Man muß mindestens über gewisse Fundamentalsprinzipien vorher einig sein, wenn eine in der Zeit beschränkte Beratung irgend einen Zweck haben soll. Und die Zeit des Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresses ist wahrlich beschränkt genug. In im Grunde genommen fünf Tagen soll in dreisprachiger geführter Debatte Stellung zu einer ganzen Reihe politischer und wirtschaftlicher Forderungen und Probleme genommen werden. Da ist doch das mindeste Erfordernis, daß man über die Natur der zur Verwirklichung dieser Forderungen gegebenen Mittel einig geworden vorher im Reinen ist.

Das und nicht mehr verlangt die Züricher Resolution. In einem Artikel von E. Malatista in der letzten Nummer des „Recht vor Allen“ über den Kongreß lese ich: „Offenbar wollen die Sozialdemokraten den Arbeitern ihr besonderes Programm aufzwingen.“ Genau das Gegenteil ist der Fall. Wer aufzwingen will, sind die Anarchisten und ihre Verbündeten. Sie kommen mit der vorgefaßten Idee zum Kongreß, daß die Arbeiter von gewissen Mitteln des politischen Kampfes, vom ganzen Gesetzgebungsapparat des Staates, Wahlrecht u. s. m. keinen Gebrauch machen dürfen. Nun lese man die zum Kongreß eingebrachten Anträge durch und sage sich, ob sie nicht, soweit sie nicht reine Formalitäten betreffen, sammt und sonder durch diese Aufzählung schon von vornherein abgelehrt sind, ob nicht bei jedem von ihnen der Streit von neuem ausbrechen müßte, nicht ob diese oder jene Form der Aktion, ob die Einführung der Gesetzgebung in speziellen Fällen gerathen ist oder nicht, sondern ob man überhaupt an die Gesetzgebung gehen dürfte. Das meritorische, die Substanz der zu verhandelnden Fragen wird in den Hintergrund gedrängt durch den ewigen Streit der Doktrinärs, den die Praxis längst entschieden hat, ob wir uns unserer Nase zum Nischen bedienen dürfen. Das bedingt eine Zeitverwöhnung, wie sie ärger nicht gedacht werden kann, das stellt jede Verhandlung über irgend eine aktuelle Forderung in Zweifel, das macht dem Kongreß aus einer Zusammenkunft zur Verhandlung über praktische Fragen der Arbeiterpolitik zu einem Konzil über Doktrinen.

Die Züricher Resolution ist so weitherzig gefaßt, wie nur möglich. Sie sagt nicht, die Arbeiter müssen unter allen Umständen sich an Wahlkämpfe u. d. d. m. betheiligen, nicht, die Arbeiter müssen die Erfüllung ihrer Emanzipation, die Hebung ihrer Lage lediglich vom Staat und der Gesetzgebung verlangen. Niemand würde sich energischer dagegen wenden, die Arbeiter ausschließlich auf den Staat, auf die Hilfe von oben verweisen zu wollen, als der Schreiber dieses Artikels. Ich möchte beileibe nicht ein Geschlecht von Staatsstipendiaten heranwachsen sehen. Aber zwischen Hofflohen in der Inanspruchnahme des Staates und Verbot derselben ist ein gewaltiger Unterschied. Die Züricher Resolution läßt die Frage, wann und wo die Anrufung des Staates oder die Theilnahme an politischen Kampf gerechtfertigt ist, zunächst offen, sie entpfehl nur, aber sie befiehlt nicht, sie ist durchaus dogmatisch. Sie sagt, wer nicht auf diesem undogmatischen Standpunkt steht, ver apriorisch den politischen Kampf, die Inanspruchnahme der Gesetzgebung verwirft, mit dem ist jede Diskussion über den Spezialfall Zeitvergeudung, und da die den Delegirten zugemessene Zeit sehr knapp, sehr kostbar ist, ersuchen wir ihn, vom Kongreß wegzubleiben. Das elementare Erfordernis entsprechender Diskussion, der gemeinsame Boden der Verhandlung fehlt, eine Einigung ist von vornherein ausgeschlossen, wir sprechen zwei verschiedene Sprachen, für die es keinen Dolmetscher giebt.

Das muß dem Publikum von vornherein klar gemacht werden, ohne Verheimlichung, ohne Geschäftigkeit. Und das wird es verstehen. Im Lande der größten Meinungsfreiheit herrscht auch das größte Verständniß für die Vorbedingungen zweckmäßigen Handelns. Auertöpsse und Böswilligkeit giebt es natürlich allorts, aber so laut sie auch schreien, braucht man sie doch nicht für die Träger der öffentlichen Meinung zu nehmen. In Zürich ist der große Fehler gemacht worden, daß man lange debattiert und den Stundmachern Zeit und Gelegenheit gegeben hat, das Publikum zu täuschen und sich als ein Opfer der Intoleranz hinzustellen. Möge er in London nicht wiederholt werden!

Politische Ueberflucht.

Berlin, 23. Juli.

Die Gegner der Sozialdemokratie sind zu anständig gegen die Sozialdemokratie, so leitartikelt das Leit-

organ des Fürsten Bismard die „Hamb. Nachr.“, in zwei Zeitartikeln, deren einer das Resultat der letzten Erlass- und Stichwahlen beleuchtet, während der andere das Vorgehen der sächsischen Behörden gegen die Sozialdemokraten speziell in dem Rosenow'schen Fall als nachahmenswerth für die anderen Landtage hinstellt, so lange nicht vom Reiche aus ein neues Sozialistengesetz geschaffen ist. So lange man die Sozialdemokratie wie andere Parteien behandle, sie als gleichberechtigten Faktor unseres politischen Lebens ansehe, müsse auch ihr Einfluß steigen; das höre auf, wenn sie als „staatsverbrecherische Partei“ stigmatisirt und das öffentliche Bewußtsein gegen sie aufgerüttelt werde. Das Bismard'sche Wort will leider nicht recht verfangen; die „Germania“ erinnert daran, daß dieselbe Stigmatisirung als „staatsverbrecherische Partei“ von demselben Bismard auch gegen das Zentrum und sogar erst in den letzten Tagen verlangt sei. „Da nun“, bemerkt das ultramontane Blatt, „das Zentrum im Reichstag, freilich um großen Aerger des Fürsten Bismard, die ausschlaggebende Partei ist, so würde es Selbstmord begehen, wenn es — ganz abgesehen von anderen Gründen, die gegen Ausnahmegesetze überhaupt sprechen — ein solches „Spezialgesetz“ mit votiren helfen würde. Im übrigen würden die Sozialdemokraten selbst ein solches Ausnahmegesetz gegen sie nur zu gern sehen; es wäre die beste Propaganda für sie.“

Auf die Hilfe des Zentrums, so wie all der anderen Parteien, welche die Anständigkeit des Fürsten Bismard am eigenen Leibe erfahren haben, kann der verflissene Reichskanzler nicht rechnen. Seine Hoffnung setzt er daher auf die Einzel-Landtage, in denen, dank des Klassenwahlrechts, die besitzenden Klassen die Oberhand haben und ungehindert von Reichsgeboten für jede Willkür die gegen die Sozialdemokratie geübt wird, freien Spielraum haben. Wenn sich das Reich scheut, den Kampf mit der Sozialdemokratie aufzunehmen, so ist es Pflicht der Umsturzpartei mit allen Mitteln der Landesgesetzgebung entgegenzutreten, so radamontirt die alte Reichskate, und mag sich des Beifalls des Königs Stumm erfreuen; für den „Gründer“ der Reichseinheit kam es keinen würdigeren Abschluß geben, als die Reichseinheit zu zerbrechen, um seinen reaktionären Haß zu befriedigen. Wenn er nur die Macht hätte, aber wie in den letzten Jahren seiner Herrschaft „gelingt ihm nichts“ mehr“. Er stigmatisirt nicht mehr die Sozialdemokratie, er kann nur noch sich und seine Anhänger stigmatisiren und an den Pranger stellen. —

— Gegen die Sozialdemokratie! Im Reichs- und Staats-Anzeiger wird folgende Verfügung des Kriegsministers abgedruckt: Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienlich verboten ist: 1. jede Betheiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Gelbammungen, zu der nicht vorher besondere dienliche Erlaubniß erteilt ist, 2. jede Dritten erlenbar gemachte Betheiligung revolutionärer oder sozialdemokratischer Besinnung insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gefänge oder ähnliche Kundgebungen, 3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften, sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale. Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntniß gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder anderen Dienstlokalen sofort dienliche Anzeige zu erstatten. Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Rekruten eingezogenen und für die zu Kontrollversammlungen einzuberufenen Personen des Wehrdienstes, welche gemäß § 6 des Militär-Strafgesetzbuchs und § 33 B 1 des Reichs-Militärstrafgesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bzw. der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuchs unterliegen.

Der Geist, aus dem die Verordnung, die übrigens nur eine Zusammenfassung früherer ähnlicher Verordnungen, erwachsen ist, ist bekannt. Das man mit solchen Mittelstücken der Entwicklung unserer Partei nicht Abbruch thun kann, könnte man schon im Kriegsministerium wissen. —

— Beendigung des deutsch-spanischen Soll-Krieges. Der „Reichs-Anzeiger“ meldet: Nachdem die spanische Regierung die geeigneten Vorkehrungen dazu getroffen hat, daß vom 23. Juli ab auf die deutschen Boden- und Industrie-Erzeugnisse bei der Einfuhr in Spanien, Kuba und Puerto Rico der sogenannte Minimaltarif, das ist die zweite Kolonne der dazugehörigen Zolltarife, angewendet werden wird, ist auch deutscherseits das Erforderliche veranlaßt, damit von demselben Tage ab die Erzeugnisse Spaniens und seiner überseeischen Besitzungen nach dem allgemeinen deutschen Zolltarif — ohne Zuschläge — abgefertigt werden. —

— Ein Parteitag der deutsch-sozialen Reformpartei (Antifemiten) soll Ende September oder Anfang Oktober in Halle a. S. stattfinden. —

— In Brandenburg, Westbavelland will auch ein Antifemite sich um das Reichstags-Mandat bewerben. Das halbe Duzend Kandidaten wird bis zur Ausschreibung der Wahl voll werden. —

— Der Reichstags-Abgeordnete für die Westpreignig, Generalmajor v. v. Poddelski, soll nach einer Meldung der „Post“ zum Generalleutnant befördert worden sein. Ob diese militärische Ranganhebung auf parlamentarische Verdienste des Herrn zurückzuführen ist, wissen wir nicht. —

— Gefängnis, Unwesen. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Lüdenscheider Tageblatt“: Vor wenigen Tagen brachten wir die Nachricht von der seltenen Behandlung, die sozialdemokratischen Redakteuren im Gefängnis zu Theil geworden ist. Bekanntlich ist den Herren im Widerspruch mit den klaren Bestimmungen des Gesetzes die Selbstbeschäftigung verweigert worden. Wenn wir heute auf diese Unangelegenheit zurückkommen, so geschieht es, weil wir glauben, daß mehr wie eine zulässige Anordnung des zufälligen Ritters der in betracht kommenden Gefängnisse hierbei im Spiele ist. Soweit wir unterrichtet sind, handelt es sich in beiden Fällen, in Dortmund und Hameln, um Gefängnisse, welche dem Minister des Innern unterstehen, im Gegensatz zu den sogenannten „Reichsgefängnissen“, die zum Ressort des Justizministers gehören. Dieser Dualismus ist an sich schon eigenartig; er wird es aber ungleich mehr, da für die beiden Kategorien von Gefängnissen völlig verschiedene Vorschriften bestehen. In den Reichsgefängnissen werden, in Uebereinstimmung mit § 15, 3 des Reichs-Strafgesetzbuchs, unseres Wissens niemals Schwierigkeiten bereitet, wenn ein Inhaftirter sich selbst beschäftigen will, auch wird würdigen Inhalten in Verfolg einer humanen Strafvollstreckung jede zulässige Erleichterung gewährt. Dagegen kommt in der Behandlung der Gefangenen, welche in der dem Polizeiminister unterstellten Kategorie Gefängnisse untergebracht werden, ein Prinzip zur Anwendung, welches sich von den für Zuchthäuser geltenden Vorschriften nur wenig entfernt. Eine der einschneidendsten Bestimmungen in dieser Richtung ist die, daß in der letztgedachten Kategorie Gefängnisse nur solche Arbeiten gebildet werden, welche in dem Gefängnis eingeleitet sind. Literarische Thätigkeit aber gehört nicht dazu. Was Wunder,

wenn die betreffenden Direktoren nun einen in ihr Machtbereich überlieferen Redakteur zwingen, unter Umständen in Gemeinschaft mit gemeinen Verbrechern, geistlichende, mechanische Arbeit zu verrichten! Der Schaden liegt im System! So lange durch Gesetz darin keine Bänderung geschaffen ist, bleibt nichts anderes übrig, als daß die Redakteure, welche Aufforderung erhalten, sich zur Strafverbüßung in einem dem Minister des Innern unterstellenden Gefängnis zu stellen, sofort sich an den Minister wenden, um die Erlaubnis zu literarischer Thätigkeit zu erwirken. Für die Abgeordneten des preussischen Landtages aber dürfte die Pflicht vorliegen, dieser Seite des Gefängniswesens bei nächster Gelegenheit einige Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Uns scheint dringend geboten, für das Gefängniswesen eine einheitliche Strafvollstreckungsvorschrift zu erlassen, wozu erforderlich sein wird, zunächst den Dualismus im Gefängniswesen zu beseitigen. Nicht zum geringsten macht sich dieser Dualismus auch kund in der verschiedenen Stellung der Gefängnisbeamten. Die Beamten der Gefängnisse des Ministers des Innern haben andere Rangverhältnisse und andere Gehaltsverhältnisse wie die der Gerichtsgefängnisse. Ein Grund dafür ist nicht einzusehen. Es wäre zu wünschen, daß die Presse während der Parliamentsferien die Gefängnisfrage ausgiebig erörtert, damit ein reichhaltiges Material zum Sammelort wird, welches den demnächstigen Verhandlungen im Abgeordnetenhaus sehr zu statten kommen dürfte.

Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ schreibt in der gleichen Sache: „Die Verweigerung der Selbstbeschäftigung für Kaufmann und Bloch beruht anscheinend auf einer Verfügung des Ministers des Innern v. d. Neide. Diefem sind die beiden Gefängnisfachstellen in Münster und Hamm in letzter Instanz unterstellt, nicht wie die Gerichtsgefängnisse der Staatsanwaltschaft und oberinstanzlich dem Justizminister. Die Verfügung des Ministers des Innern ist wahrscheinlich eine generelle.“

Das genannte Blatt berichtete schon früher, daß die Gefängnis-Direktion in Münster den Antrag auf Selbstbeschäftigung Bloch's unter Hinweis auf einen ministeriellen Erlaß abgelehnt habe. —

— Zum Fall Rosenow. Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ behandelt in einem vor trefflichen Artikel die Internierung unseres Genossen in Gdmünz. Sie weist aus der Entstehungsgeschichte und dem Wortlaut des Gesetzes nach, daß die Maßregel der Amtshauptmannschaft Chemnitz zweifellos gesetzwidrig ist. Von der Zulässigkeit einer solchen Internierung steht gar nicht in dem Gesetze. Unser Dresdener Parteiblatt schließt seine Ausführungen folgendermaßen:

„Wir sind darum der Meinung, daß Genosse Rosenow auf Beschwerde bei der Oberbehörde die Zurückziehung der Maßregel durchsetzen wird. Wenn er das aber auch erreicht, so bleibt doch nichtsdestoweniger die Thatfache bestehen, daß eine sächliche Behörde einen neuen Versuch gemacht hat, uns gegenüber einem Gesetze eine Neulegung zu geben, die ihm nicht zukommt und die anders gegenüber unseres Wissens noch nicht verübt worden ist. Das Gesetz ist gemacht worden, um der Polizei eine Handhabe zu geben, gemeine Verbrecher, sondern Maßregelungen zu unterwerfen, ihnen die Möglichkeit der Wiederholung ihrer Thaten zu erschweren — ob es dazu geeignet ist oder nicht, mag unerörtert bleiben — und gegen die Sozialdemokraten gegenüber wird es in einer bisher nicht dagewesenen und nach unserer Meinung ganz unzulässigen Weise angewendet. Daß es als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie angewendet werden soll, ist von den Verordnern des Gesetzes mindestens nicht ausgesprochen worden und dessen Anwendung ist auch in der That neu. [Sie ist neu, bis sie von noch Neuerem überholt werden wird. —

Greiz, 21. Juli. (Nat.-Ztg.) Hier selbst fand eine Versammlung der vereinigten Jungmänner statt, welche Stellung nahm gegen die Gleichberechtigung des Bundesrats. Dabei ereignete sich der gewöhnlich letztere Zwischenfall, daß der überwachende Bundesratmeister Vevel in Schluß nahm. Einer der Redner äußerte nämlich: „Es hat sich ein Abgeordneter im Reichstag die Freiheit erlaubt, zu behaupten, daß von den Wählern 80 pCt. an der Väterkränze leiden. Wenn ich den Ausdruck Freiheit gebrauchte . . .“ Da erhob sich der aufschreibende Beamte und forderte den Redner auf, von Reichstags-Abgeordneten derlei Ausdrücke nicht zu brauchen. —

Kemmlingen, 21. Juli. Hier wurde ein Landes-Handwerkerverband für Württemberg gegründet, welcher künstlerische Ziele verfolgt. —

Darmstadt, 22. Juli. (Eig. Ber.) In der Zweiten Kammer haben die antisemitischen Abgeordneten Köhler, Cohn und Nipp bezüglich eines am 15. September 1895 von dem Kreisrath in Gedach erlassenen Verbots einer öffentlichen Volksversammlung zu König im Odewald den Antrag gestellt, die Kammer möge dieses Verbot als gegen das in dessen bestehende unbeschränkte Versammlungsbrecht und demnach gegen die Verfassung gerichtet zu bezeichnen. Der Berichterstatter Freiherr v. Köhler (ultr.) beantragte namens des Ausschusses, die Kammer möge der erhobenen Beschwerde keine Folge geben. Zum Erlaß des Verbots habe wohl begründeter Anlaß vorgelegen, da bei einer Versammlung unter freiem Himmel die durch Musik und Getränke erhitzten jungen Leute leicht Aufruhrungen verursachen könnten. Der ultramontane Abgeordnete Dr. Schmitt protestierte gegen das Verhalten seines Fraktionsgenossen Köhler. Ebenso hat dieses der Centrumsabgeordnete Wasserburg, welcher unserem Ulrich energisch sekundirte und mit demselben mit Entschiedenheit das Vorgehen der Regierungsvorgabe und die Stellung der Regierung bekämpfte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Antisemiten abgelehnt mit allen gegen 10 Stimmen. Dafür stimmten nur die Sozialdemokraten, die Antisemiten und vier Abgeordnete vom Centrum. Die Verhandlung lehrte wieder zur Evidenz, wie wenig bei volksrechtlichem Fragen mit wenigen Ausnahmen auf das Centrum Verlaß ist.

Darmstadt, 23. Juli. Bei den heutigen Debatten über den Staatsvertrag mit Preußen betreffend die Verstaatlichung der hessischen Ludwigsbahn setzten auch die Minister mit aller Energie für die Vorlage ein, die u. a. von Genossen Ulrich sehr scharf angegriffen wurde. —

— Behandlung politischer Gefangener. Genosse Jäch theilt uns folgendes Erlebnis aus der Zeit, wo er die „Eisnig-Heilbrunnener Volks-Ztg.“ redigirte, mit:

Durch die Affäre Kaufmann-Harburg ist die Behandlung, welche sozialdemokratische Redakteure in deutschen Gefängnissen zu erdulden haben, wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt worden. Auch ich kann dazu einen Beitrag liefern. Als ich Ende des Jahres 1894 meine viermonatliche Gefängnisstrafe im Bezirksgefängnis zu Mülhausen i. E. antrat, ersuchte ich um Selbstbeschäftigung. Diese wurde mir vom Ministerium in Straßburg verweigert unter der Begründung, daß ich schon mehrfach vorbestraft sei. Ich wies sofort auf das unzutreffende dieser Begründung hin, indem ich mich darauß berief, daß ich bisher nur einmal, und zwar wegen Beamtenbeleidigung, mit 14 Tagen verurteilt sei. Trotzdem blieb es bei der ersten Entscheidung. Als ich nach mehr als dreimonatlicher Haft dabei entsetzt wurde, daß ich einige Zeitcellen voller Menschen hatte, wurde ich in eine feuchte unterirdische Zelle gebracht. Nach fünfzig tägiger Anwesenheit dort waren meine Hals- und Rückenmuskeln so stark angeschwollen und ich litt zugleich unter einer so starken Gemüthsdepression, daß der Gefängnisarzt mein Geschick auf Strafbefreiung beschränkte und durchsetzte. Ich sahre die Strafbefreiung heute deshalb an, weil ich Grund zu der Befreiung zu haben glaube, daß Genosse Martin, der augenblicklich in derselben Anstalt weilt, in ähnlich harter Weise behandelt wird. Kurz vor Beendigung seiner letzten einjährigen Gefängnisstrafe hat der dortige Direktor

dem Genossen Martin wörtlich gesagt, „er solle sich in Acht nehmen, wiederzukommen; er würde sonst dieselben Vergewaltigungen, wie bisher, nicht mehr zu genießen haben. Martin ist körperlich schwächlich und zudem hochgradig nervös, so daß der Anhaltsort trotz mehrfacher Einsprüche von Straßburg aus die Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung damals noch für ihn durchgesetzt hat. Nun hat er wieder ein Jahr und ich nehme an, daß der Direktor seine Drohung von jener Zeit heute zur Wahrheit gemacht hat. Sollte dies der Fall sein, so würde es für Martin's Konstitution — wie ich ihn kenne — nur ein langsames Sterben bedeuten. Vielleicht trägt diese Anregung dazu bei, über die Behandlung Martin's durch die Gefängnisdirektion — bezw. das Ministerium in Straßburg — etwas näheres zu erfahren. Auch im Fall Kaufmann ist die Öffentlichkeit ja nur durch einen Zu-fall von den Gefängnisleiden unseres Genossen unterrichtet worden.“

Rosmar i. Eis, 23. Juli. (Privatmittheilung des „Vorwärts“.) Die von den Segnern mit aller Kraft bekämpfte Wahl unseres Genossen Vueb in den Bezirksrath von Ober-Eisap wurde heute anerkannt. —

Schweiz. Zürich, 21. Juli. (Eig. Bericht.) Das Bundesblatt vom 15. d. M. enthält den Wortlaut des Bundesbankgesetzes mit Ansetzung der Referendumsfrist auf 13. Oktober. Sofort haben die Gegner in Baseline mit wahrhaft offener Geschwindigkeit die Referendumsbogen zur Unterschrift gegen das Gesetz an alle Bankiers, Börsenspekulanten, Aktionäre, Spekulanten, Bundesbeamte und die gewerbsmäßigen Reinslager versandt. Die weisse Obstruktion und Plutokratie ist also wieder an der Arbeit und sie wird auch die erforderlichen 80000 Unterschriften aufbringen. Die Volksabstimmung über die Disziplinardisziplin, das Viehhandels-Gesetz und das Eisenbahnrechnungs-Gesetz ist vom Bundesrath auf den 4. Oktober angesetzt. Es wird also wohl bald die Agitation für und gegen diese Gesetze, namentlich bezüglich des letzteren, auf der ganzen Linie in heftigster Weise entbrennen.

Leider leisten in diesen rein plutokratischen, vollen und bundesfeindlichen Kämpfen auch die weissen „Sozialdemokraten“, speziell die des Kantons Waadt, ihr Theil. Es ist offen ausgesprochen und konstatiert worden von einem Neuchâtel-Delegirten auf der Generalversammlung des Grätlivereins in Zolingen, daß diese eingesehene Föderalisten sind und so gegen das eigene Interesse die kapitalistischen Umtriebe unterstützen. Advokat Farquet in Lausanne, der Redakteur des „Grätli“, scheint der Führer dieser merkwürdigen Exekution der Sozialdemokratie zu sein.

Frankreich. Paris, 22. Juli. (Eig. Ber.) Der vierzehnte Parteitag der französischen Sozialdemokratie wurde gestern in Vorruhe eröffnet.

Am Vorabend des Kongresses bereitete die Arbeiter-Bevölkerung der Stadt, die in den letzten Gemeindevahlen von den Sozialdemokraten gewonnen worden war, den Delegirten einen begeisterten Empfang. Die Delegirten wurden von dem Rathaus nach dem Volkshaus (Maison du Peuple) der Partei von einer Menge begleitet, die man auf circa 20000 Köpfe schätzt. An der Spitze des Zuges, dem fünf rothe Banner vortraten, wurden, marschirten die Genossen Jules Guesde, Delors, Bürgermeister von Lille, Paul Lafargue und Claude-Devaux, Redakteur des Sillier Tagesblattes „Nouvel Nord“. Drei Musikorchester spielten die „Internationale“, das Arbeiterlied von Potier, dessen Melodie von der Menge gesungen wurde. Aus dem Durcheinander wiederhallten die Straßen von tausendstimmigen Hochrufen auf die Arbeiterpartei, die Delegirten, auf Jules Guesde und Delors. Kein Zwischenfall löste die grobhartige Umgebung, dank der Abwesenheit der lieben Polizei und der Aufsicht der 800 Partei-Diener.

Im Volksstübchen begrüßte Guesde das sozialdemokratische Pils und die Parteirepräsentanten aus ganz Frankreich. Hieraus begab man sich wieder in geordnetem Zuge nach dem großen Plage, wo den Delegirten zu Ehren ein Konzert gegeben wurde. In der Eröffnungssitzung befaßte sich der Kongress mit der Mandatsprüfung und der Berichterstattung. Es sind 315 Delegirte anwesend, die 800 Parteigruppen, Gewerkschaften oder Gewerkschaftsverbände aus 318 Städten vertreten. Außerdem haben 110 Gemeinderäthe Zustimmungserklärungen geschickt.

Der von Guesde verlesene Jahresbericht stellt die Fortschritte der Partei im ganzen Lande fest. In den letzten Gemeindevahlen sind beiläufig 200 Gemeinderäthe gewonnen worden. Die Stimmzahl hat sich im Vergleich mit den Gemeindevahlen von 1892 verdoppelt: von 157000 ist sie auf mehr als 300000 gestiegen. Seit dem vorjährigen Kongress hat die Partei in einer Reihe von neuen Departements Wurzeln geschlagen: in Orne, Calvados, Vancluse, Unter- und Oberalpen, Oshporenden etc.

Paul Lafargue befrucht die Ausbreitung der Partei auf Kosten der halben Sozialisten, der Radikalen, die immer mehr gewöhnlich sind, ganze Sozialisten zu werden.

Beglückwünschungs-Schreiben sind am ersten Tage eingelaufen von der Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie, von der belgischen, dänischen, italienischen und spanischen Sozialdemokratie.

Der Kongress wird drei Tage dauern und drei Sitzungen täglich abhalten.

— Spuller, einer der eifrigsten Anhänger Gambetta's, der mehrmals dem Präsidium der Kammer und Ministerien angehört hatte, in letzter Zeit aber nur selten hervortrat, ist heute im Alter von 61 Jahren gestorben. —

Italien. Rom, 22. Juli. Die Deputirtenkammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die Aushebung der Ausfuhrzölle für Säwesele, ebenso den Gesetzentwurf bezüglich der Wohlthätigkeitsveranstellungen (?) für Sizilien. Sodann wurde die Kongestion mit Sanftbau und das Handelsabereinkommen mit Bulgarien genehmigt. Daraus verlagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit. —

Rom, 22. Juli. Deputirtenkammer. Vor Aufhebung der Sitzung erklärte der Kriegsminister General Pelloux in Beantwortung mehrerer Anfragen, die Regierung hoffe, in wenigen Tagen indirekt Nachrichten über die Gefangenen in Schoa zu erhalten. Der Ministerpräsident di Rudini fügte hinzu, die Regierung habe bis jetzt alles mögliche gethan, um Nachrichten über die Gefangenen zu erhalten und um sie zu unterstützen, sowie um sich mit Menelik behufs Erlangung ihrer Freieinigung in Verbindung zu setzen. Di Rudini erklärte, die Regierung habe nicht im Sinne, einen hartnäckigen Krieg zur Befreiung der Gefangenen zu führen, sie sei jedoch ihrer Pflichten eingedenk; sie wisse, daß sie dem Regus viele Schwierigkeiten bereiten könne, sie werde nicht seinen so übertriebenen, unmäßigen Forderungen nachgeben. Die Regierung sei nicht absolut abgeneigt, einen Friedensvertrag abzuschließen, sehe jedoch nicht zu viel Vertrauen in die Wirksamkeit eines solchen Vertrages. Die Befreiung der Gefangenen könne ein Grund sein, diesen Vertrag abzuschließen, aber die Regierung würde einem Frieden nur unter den Bedingungen zustimmen, welche sie früher der Kammer auseinandergesetzt habe, und niemals einem Frieden, der ihr aufgebunden würde oder welchem der Würde des Landes suverän laufe. (Lebhafter Beifall.)

Norwegen. Christiania, 22. Juli. Der Storting erhöhte den

Zoll für Weizen auf 60 Oere, für Weizenmehl auf 2 Kronen pro 100 Kilogramm.

Türkei. — Aus den Aufstandgebielen. Die „Daily News“ meldet aus Athen unter dem 22. d.: Eine Bande türkischer Irregulärer überfiel und tödtete in der Nähe von Gerakleion 15 Christen, einschließlich zweier Priester. Die Christen in Gerakleion tödteten 6 Muselmanen. Die „Times“ melden aus Konstantinopel unter dem 21. d. M.: In Ordu kamen Megeleien vor. Nach einer Mittheilung des Ministers des Innern sind 25 Armenier hierbei umgekommen.

Partei-Nachrichten.

Internationaler Arbeiter-Kongress in London. Wegen der großen Zahl von Delegirten, die aus allen Theilen der Kulturwelt angemeldet sind, hat das Organisations-Komitee die große Queen's Hall, Langham Place, als Ort bestimmt, wo die Sitzungen des Kongresses abgehalten werden sollen. Die Halle hat Sitzplätze für 3000 Personen. Das Publikum hat bei diesen Kongressen selbstverständlich Zutritt.

In Arnstadt i. Th. sprach kürzlich Reichstags-Abgeordneter Bod in einer Versammlung über die Reichstags-Verhandlungen. Die Versammlung erklärte sich mit der Thätigkeit unserer Fraktion einverstanden. Für die nach einem Referate unseres selbst Redners, der Beschluß gefaßt, beim Magistrat die Eröffnung eines Gewerbegerichts zu beantragen. Zum Delegirten für den internationalen Arbeiterkongress in London wurde Genosse Jooß aus Gotha und zum Vertrauensmann der Partei einstimmig der Handschuhmacher J. G. S. L. (Adresse: Arnstadt, Bachsengraben Allee 6) gewählt. Alle für den Wahlkreis Schwarzburg-Sondershausen bestimmten Korrespondenzen sind an diesen zu richten.

In Pforzheim haben unsere Genossen nun auch Vertretung im Stadtrath erlangt. Bei der dieser Tage durch den Bürger-Anschluß vorgenommenen Wahl von neun Stadträthen belamen sie zwei Sitze.

Zwei dem Eisap. Am 23. August wird in der Schlucht bei Markitz auf französischem Gebiete eine von den Genossen des ganzen Oberelsap geplante Volksversammlung abgehalten. Als Referenten dazu sind ausserhalb der Genossen August Bebel, Mitglied des deutschen Reichstags, und Jules Guesde, Mitglied der französischen Deputirtenkammer. Die französische Delegation hat die Genehmigung zur Verammlung bereits ertheilt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Durch den Bericht über eine Gerichtsverhandlung sollte das „Volk'sblatt für Harburg“ den Polizeiführer des Reichstags in Harburg beleidigt haben. Der verantwortliche Redakteur Thiel in Harburg war deshalb vom dortigen Schöffengericht zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Das Landgericht in Stade als Berufungsinstanz erkannte dagegen auf Freisprechung, während der Staatsanwalt Erhöhung der Strafe auf zwei Monate Gefängnis beantragt hatte.

Soziale Ueberblick.

Der mit Hilfe des Berliner Gewerbegerichts nach langwierigen Vermehrungen und Verhandlungen ausgehandelte Minimallohn tarif für die Herren- und Knaben-Konfektion ist nunmehr fertig gestellt und wird jetzt an die betreffende Konfektionäre und an die Zwischenhändler verhandelt. Die endgültige Entscheidung über diesen Tarif wird in allerhöchster Zeit gefaßt werden.

Die Strafanstalts-Verwaltung in Moabit hat sich eine eigene Druckerei zugelassen und darin die „Staatszeit der Strafanstalten und Gefängnisse für den 1. April 1894/95“ herstellen lassen. Der „Voss. Ztg.“ wird darüber geschrieben: „Da das Werk nur aus schwierigen Tabellen mit zahlreichem Ziffernsatz besteht, so läßt sich daraus auf den Umfang des ganz neuen Materials und die Geschäftlichkeit der Arbeitskräfte schließen. Fabelhaft das Werk bedeutend billiger, als es durch Privat-Druckereien herzustellen bisher möglich war, woraus abermals der Schluss zu ziehen ist, daß es durch Gefangene, die nicht dem allgemeinen deutschen Buchdrucker-Tarif unterliegen, hergestellt ist. Dieser Leistung werden mit hin sicher noch andere folgen, und so können die Buchdrucker, die die Gefangnisse mit erhalten müssen, zusehen, wie ihnen durch Strafgelangen auch und was dort genommen wird.“

Wenn die Gefängnisverwaltung die Staatszeit ihres Reforts von Gefangenen herstellen läßt, so ist das natürlich bedauerlich im Interesse der freien Arbeiter, die sonst dazu nöthig wären. Aber sie drückt durch die Herstellung des eigenen Bedarfs in eigener Regie die Arbeitspreise der Buchdruckergebnisse nicht herab. Diese Wirkung auf den Arbeitspreis hat die Gefängnisarbeit aber da, wo Gefangene einem Unternehmer als billige Arbeitskräfte vermiethet werden, was das Z. B. in der Holz-, Schauh- und Strumpfwaarenbranche seit Anno Tobias der Fall ist. Darüber hat sich indessen noch selten ein Buchdruckerbelegter aufgeregt. Es schadet ihnen daher gar nicht, wenn sie jetzt immer deutlicher spüren, daß Papa Petrus auch ihnen seine Extrawurst mehr braten will.

Gründungen in Deutschland. Im ersten Halbjahr 1896 wurden 93 einer Zusammenfassung im „Vollst. Verl.“ gegründet 93 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 151 029 000 M. In den letzten vier Jahren wurden gegründet:

	1895	1894	1893	1892
Gesellschaften	162	92	85	127
Kapital in 1000 M.	248 804	88 250	77 251	79 825

Von dem im Jahre 1896 in Gesellschaften angelegten Kapital kommen auf: Landwirtschaft 5 170 000, Bergbau, Hütten, Salinen 21 250 000, Stein- und Erden-Industrie 8 160 000, Maschinenbau 13 690 000, Chemische Industrie 8 760 000, Bahnen 19 128 000, Textil-Industrie 8 200 000, Papier-, Leder- und Holz-Industrie 1 650 000, Brauereien 12 575 000, Baugewerbe 13 125 000, Banken 16 037 000, Transport-Unternehmen außer Bahnen 8 480 000 M.

Kartellwesen. Die Besitzer von 8 Dampfziegeleien in Werda u. S. haben einen Verband gebildet, behufs gemeinschaftlicher Verwertung der von ihnen hergestellten beziehentlich herzustellenden Ziegelsteine von Normalformat und großem Format innerhalb Werda und der umliegenden Orte. Nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages ist jeder Gesellschafter zur Lieferung der von der Gesellschaft verkauften Ziegel in demselben Bezirke berechtigt und verpflichtet, in welchem die von ihm deklarirte Produktion zu der Gesamtproduktion aller Gesellschafter steht. Den Gesellschaftern ist es untersagt, nach Orten innerhalb des Verkaufskreises der Gesellschaft Ziegel ohne schriftliche Anweisung des geschäftsführenden Vorstandes zu liefern, oder solche, außer zu Betriebsanlagen in der eigenen Ziegelei, für sich zu verwenden oder sich an dem Betrieb von Ziegeleien, welche dem Verband nicht beigetreten sind, zu betheiligen. Die Innehaltung ihrer Verpflichtungen wird von den Gesellschaftern durch Hinterlegung von 5000 M. oder durch Nachhöhe von 500 M. für 500 000 Stück deklarirte Produktion gewährleistet.

In J. w. t. a. u. und Umgebung befindet ein Ring der Ziegelei-Beitzer, der im vorigen Jahre 25 Produzenten angehörte.

Einen Minimaltarif für die Berechnung der Druckarbeiten hat die Zeitung Dresdener Wagner-Druckereibesitzer

beschlossen. Jeder der Innung angehörige Buchdruckereibesitzer soll gezwungen werden, nach diesem Tarif seinen Kunden die Preise zu stellen.

Gewerkthätliches.

Die Fahrradfabrikanten Berlins, die bei ihrer Direktion um Herabdrückung der Pachtsumme für die entliehenen Fahrräder vorstellig wurden, haben in ihrer Mehrzahl am Mittwoch Abend beschließen, Donnerstag früh durch ein Schreiben, das die Unterschriften der Fahrer trägt, die Kündigung einzureichen. Die Dienstleute, denen die Direktion für später eine Reduktion der zu zahlenden Summe in Aussicht stellte, lehnen es ab, auf die Verprechungen einzugehen, da es unter den augenblicklichen Verhältnissen unmöglich sei, noch länger zu den alten Bedingungen zu arbeiten. Die Forderung der Bediensteten befragt, daß der tägliche Pachtpreis von 1,80 M. auf 1 M. erniedrigt werden soll. Ein großer Theil der Fahrer hat seine gestellte Kautions bereits abgehoben und viele haben bei der Direktion bereits ein Schuldbüchlein, an dessen Tilgung unter den bisherigen Bedingungen nicht zu denken ist. Von der sofortigen ArbeitsEinstellung mußte Abstand genommen werden, da eine achtstägige Kündigung vereinbart ist und die Fahrer laut Kontrakt für den eventuellen Schaden mit der Kautions haften müßten.

An die Einseher (Zähler) Berlins! Kollegen! Die letzte öffentliche Einseher-Versammlung am Sonntag, den 19. Juli beschloß: 1. Streikkarten herauszugeben, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, darauf zum Streikfonds zu zeichnen; 2. Tarife (gebunden) herauszugeben, damit die Kollegen über die zu verlangenden Preise informiert sind und diese Preise beim Eingehen eines Arbeitsverhältnisses zu den ihrigen machen; 3. an allen kommenden Sonntagen, vormittags von 9 bis 11 Uhr in folgenden fünf Lokalen freiwillige Beiträge zum Streikfonds entgegenzunehmen: Franz Kleinert, Müllerstr. 7a; Richard Babel, Rosenhallerstr. 57; Fritz Felgentreff, (Zur alten Linde) am Kottbuser Thor; Fritz Wille, Andraastr. 26; G. Werner, Wälwöstr. 59. Gleichzeitig gelangen die Tarife daselbst zur Ausgabe. Kollegen, betheiligte Euch recht ege an den Sammlungen; tragt, daß Ihr gewillt seid, Eure Lage zu verbessern. Die Häuser-Kommission. J. A.: Wittig, Lehmann.

Achtung, Lederarbeiter (Portefeuillier)! Die Lohn-Differenzen bei der Firma W. Guttmann in Berlin, Dresdenerstr. 75, sind erledigt, und zwar erreichten die Kollegen durch ihre Einmüthigkeit eine Lohnhöhung bis zu 20 pCt. und die Aushebung des Tarifs. Kollegen, laßt Euch dieses ein Ansporn sein zur weiteren Bewegung. Durch Kampf zum Sieg! Die Lohnkommission. J. A.: E. Brückner, Memelerstr. 68, parterre.

Die Kräftig der Streik der Former und Gieser Berlins wirkt, ergibt sich aus einem Zirkular, das die Firma Krudt und Marcus an ihre Kunden versandte. Es heißt darin: „Auch wir sind hierdurch (durch den Streik) in Mitleidenchaft gezogen und müssen wir für die vorliegenden Ordres eine etwas längere Lieferzeit beanspruchen. Wir bitten unsere verehrte Kundschaft in anbetragt der obwaltenden Umstände um diese zu bewilligen.“

Achtung, Metallarbeiter! Der Ausstand der Arbeiter der Maschinenbau-Abtheilung der Eisengießerei und Werkzeugmaschinenfabrik von Karl Schöning in Berlin, N., Uferstraße 12/13, dauert unverändert fort. Den Arbeitern dieser Fabrik machen wir bekannt, daß die zu Donnerstag angelegte Versammlung durch ein Versehen zu spät angemeldet wurde und daher erst heute, Freitag, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr stattfinden kann. Die Fabrikleitung versucht nun durch Anschlag am Thordersfabrik, den wahren Grund der Arbeitsniederlegung zu verunkeln. Dem gegenüber bemerken wir, daß sämtliche in diesem Anschlag angegebenen Punkte der Wahrheit nicht entsprechen. Wir werden in der heute Abend stattfindenden Versammlung den Arbeitern der Schöning'schen Fabrik darüber genügende Aufklärung unterbreiten. Gleichzeitig werden wir Herrn Schöning Gelegenheit geben, seine Ansicht dort vorzutragen und zu vertreten. Der Vorstand des Berliner Metallarbeiter Verbandes.

An die Metallarbeiter Berlins! Die Firma A. Fiedl & Söhne in Hamburg, Rufsstr. 31, sucht Arbeiter. Haltet den Jungs fern, falls nicht in den Nähen! Die Firma hat ihre sämtlichen Arbeiter ausgesperrt. Herr Fiedl ist persönlich in Berlin anwesend. Mit Gruß! Die Streikkommission der Aussperrten der Metallwarenfabrik A. Fiedl & Söhne. J. A.: E. K. Hermann, Woltmannstr. 37.

Das Protokoll des Internationalen Bergarbeiter-Kongresses in Kachen ist eben erschienen und zum Preise von 20 Pf. vom Verlage der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum zu beziehen. Dem Protokoll ist ein Vorwort des Reichstags-Abgeordneten Heinrich Müller in Weimar beigegeben.

Adressen der Mitglieder der Generalkommission. C. Begien, Hamburg, Jollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 8, 1 Tr. A. Roeste, Hamburg-Gumbel, Neikerstr. 5, P. 1. H. Bringsmann, Hamburg-Gumbel, Prellerstr. 28, 1 Tr. Frau W. Röhler, Wandsbek, Königstr. 57. G. Sabath, Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 66, 4 Tr.

Ans Langenbican wird telegraphirt, daß die ausländigen Arbeiter der Weberei von B. Neugebauer & Söhne sämtlich entlassen worden sind. Diese hatten bekanntlich den Vermittlungsvorschlag, mit 1/2 Stunde Verkürzung der Arbeitszeit und einigen geringfügigen Lohnerhöhungen vorlieb zu nehmen, abgelehnt und in geheimer Abstimmung die Fortsetzung des Streiks mit allen gegen eine Stimme beschlossen.

Auf der Werft der Hunsbarger Schiffbau-Gesellschaft, welche über 1500 Arbeiter beschäftigt, stellen 700 bis 800 Arbeiter die Arbeit ein, weil die Direktion die geforderte Lohnhöhung verweigerte. Wegen des Streiks hat die Werft ihren ganzen Betrieb eingestellt.

Ueber gute Fortschritte der internationalen Beziehungen der Arbeiter berichtet die „Rheinische Zeitung“ aus Solingen: Die Sheffielder Arbeiter, die die hiesigen streikenden Federmesserreider mit namhaften Geldbeträgen fortwährend unterstützen, haben für ein Hand in Hand gehen mit der Solinger Arbeiterschaft bereits die lebhaftesten Sympathien bekundet. In London sollen nunmehr die Wege zur Gründung einer internationalen Assoziation sämtlicher in der Schneidewerkzeug-Industrie beschäftigten Arbeiter geordnet werden. Die Solinger Arbeiterschaft stellt daher den Antrag auf Einberufung eines im nächsten Jahre abzuhaltenden internationalen Kongresses sämtlicher in der Kleinisen-Industrie von England, Frankreich, Deutschland, Böhmen und Oberösterreich beschäftigten Arbeiter. Für Deutschland kommen hauptsächlich Solingen und Thüringen in Betracht. Bei allen Mehrforderungen der hiesigen Arbeiter berufen sich die Fabrikanten auf die Sheffielder Konkurrenz. Durch die Verbindung der Sheffielder und Solinger Arbeiterschaft wird allen unwahren Angaben über die Lohnverhältnisse haben und drüben ein für allemal ein Niegel vorgeföhrt werden.

Die Küfer und Fassbinder der Firma Lindgens & Söhne in Mülheim a. Rh. stehen im Streik, um eine Erhöhung des Stundenlohns von 35 auf 40 Pf. durchzusetzen.

Die Konfektarbeiter Frankfurts a. M. sind mit ihrem Gesuch um Lohnaufbesserungen von sämtlichen Unternehmern, die von der Lohnkommission besucht wurden, abgewiesen worden.

Es wird nun die Vermittlung des Gewerbegerichts angerufen werden.

Aus Zwickau. Sämtliche Förderleute der Tiefbauschächte des Erzgebirgischen Steinkohlenbau-Aktien-Vereins verweigerten am Montag früh die Anfahr und forderten unerwartet Lohnhöhung. Auf Zureden eines Beamten geduldeten sie sich bis zur Anfahr, die nachmittags 4 Uhr erfolgte. Bergverwalter Dabritz gestand ihnen Erhöhung der Gehaltsätze und Auszahlung von nicht unter 70 Pf. Ausbeute pro Schicht (Zuschlag zum Schichtlohn für Gedingearbeitern) zu. Zu Neujahr sollen ihnen auch die Schichtlöhne, welche jetzt für diese Arbeiterklasse, die viel Verheirathete aufweist, 1,60 bis 2,20 M. betragen, aufgebessert werden. Es gährt überhaupt unter den hiesigen Bergarbeitern; sie sind mit dem Vorgehen der Förderleute vollständig einverstanden.

In der Schuhfabrik von D. und E. Kalischer in Großsch. l. S. haben am Sonnabend sämtliche Zwickler wegen einer Lohnreduktion von 20-30 pCt. die Arbeit niedergelagt. Der „Thüringer Tribüne“ wird aus den Kreisen der Unständigen geschrieben: Die betroffenen Zwickler waren schon bereit, den Herren Kalischer Konzessionen zu machen, indem sie einen 5-10 procentigen Lohnabzug zugestehen wollten. Die Fabrikanten haben Zwickelmachinen angeschafft und sich geäußert, die Zwickler müßten die dadurch entstandenen Kosten zahlen. Für die Maschinen müssen die Herren 25 pCt. abschreiben sowie auch das dazu verwendete Kapital mit 5 pCt. verzinsen. Und das sollen die Zwickler tragen! —

In Hamburg stellten gegen 80 Arbeiter der Berliner Asphaltgesellschaft von H. u. Co. die Arbeit ein, weil ein Kamerad entlassen werden sollte. Sie fordern nun Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf. Wie dem „Hamb. Echo“ mitgeteilt wurde, waren an den betreffenden Arbeiter hinsichtlich seines Arbeitspensums Anforderungen gestellt worden, die er bei seiner infolge der jetzt herrschenden Hitze doppelt beschwerlichen Thätigkeit einfach nicht bewältigen konnte. Acht Arbeiter betheiligten sich nicht an dem Streik. — Die genannte Berliner Gesellschaft ist gegenwärtig mit dem Asphaltieren verschiedener Straßen Hamburgs beschäftigt.

Lohnbewegung in der Schweiz. Aus Zürich schreibt unser Korrespondent: In Freiburg haben die Schmiedegehilfen nach erfolgtem Streik gesiegt und folgendes erreicht: 10 1/2 stündige Arbeitszeit, Lohnhöhung, Extraentschädigung der Ueberstunden, für jeden Arbeiter ein Einzelbett und Freizügigkeit für Kost und Logis. Drei Meister halten nach 3 beziehungsweise 7 Wochen die Forderungen bewilligt und zwei gaben nach 11 Wochen nach. Bemerkenswerth ist, daß sich kein Streikbrecher eingefunden hat. — In der Henneberg'schen Seidenfabrik nahm eine Anzahl Arbeiter die Beschäftigung wieder auf, andere bleiben ausgesperrt. Mit dieser Sache beugnet sich aber der Anstalts-, Hoflieferant und serbische Konsul nicht, er hat auch andere Seidenfabriken, so eine in Arth, am Fuße des Rigi, veranlaßt, keinen der ausgesperrten Arbeiter einzustellen.

Die schweizerischen Ringbrauereien haben vereinbart und den ausgesperrten Arbeitern erklärt, daß sie drei Jahre lang in keiner schweizerischen Ringbrauerei und auch in keiner süddeutschen Verbandsbrauerei wieder in Arbeit genommen würden. Die Suppe wird wohl auch hier nicht so heiß gegessen werden, als sie gekocht wird.

Die Arbeiter-Union St. Gallen hat dem Präsidenten des Bauerrings, Järlmann in Zürich, einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, welcher die außer Kraft gesetzte Arbeitsordnung nach Revision einiger Punkte wieder einführen, die ausgesperrten und stellenlosen Gehilfen wieder eingestellt haben will, wogegen andererseits der Boykott aufgehoben werden soll.

Gerichts-Beitung.

Ein türkischer Hochkapler. Türken und Bulgaren gaben sich gestern in dem Sitzungssaale der zweiten Strafkammer am Landgericht ein Rendezvous. Ein türkischer Hochkapler wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Mit verkreuzten Armen neigte Ahmet Fezjonhoff dreimal sein Antlitz zur Erde, als er beim Betreten des Saales des Gerichtshofes ansichtig wurde. F. giebt an, am 20. März 1870 in Sofia geboren, aber Ruhamedaner und türkischer Unterthan zu sein. Sein Vater, der vor mehreren Monaten gestorben ist, habe in Stambul ein Manufakturwaaren-Geschäft betrieben. Im Herbst v. J. ist F. von Wien, wo er an der Universität Medizin studirt haben will, nach Berlin gekommen, um hier seine Studien fortzusetzen. Hier soll er sich des Betruges und der Unterschlagung schuldig gemacht haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtspräsident Fezjon, wie der Angeklagte hier habe seinen Studien obliegen wollen, da er der deutschen Sprache so wenig mächtig sei, wie er behaupte, erwidert er, er habe wenigstens das System der deutschen Medizin erfassen wollen. Er hatte es verstanden, sich in raffinirter Weise bei dem Arbeiter Schulze'schen Ehepaare in Schöneberg einzuschleichen, wodurch er sich für die Zeit vom 16. November 1895 bis zum 1. April d. J. Wohnung und freie Station verschaffe. Er hat dem Ehepaar vorgeschwindelt, daß er ein Stipendium von der türkischen Regierung erhalte, daß ihm aber sein Geld und sein Paß bei Gelegenheit einer Eisenbahnfahrt gestohlen worden sei. Er erhalte aber, sobald er immatriculirt sei, von seinem Vater Geld. Dieser sei Mitglied des türkischen Ministeriums und Tuchlieferant für die Arme des Sultans. Die Leute haben ihm Glauben geschickt, da er bald mit dem Vater, bald mit dem Sohne Schulze zur türkischen Botschaft ging, doch haben dieselben nie ein Wort von der Unterhaltung verstanden, da immer nur türkisch gesprochen wurde. Der Angeklagte giebt zögernd zu, daß er dort nur gebettelt hat. Er hat stets sehr fein gekleidet. Auf diese Weise ist er 600 M. schuldig geworden. Die armen Leute haben sich feinerthalben bei Bäckern, Schlächtern und Kaufleuten schwer in Schulden gestürzt. Am 1. April gab er an, eine wichtige Visite beim Botschafter machen zu müssen. Er ließ sich dazu von seinem Wirth Zylinderhut, Schlips, Kragen, Chemisett, Regenschirm und Ueberzieher und lehrte nicht wieder. Nach einigen Tagen zog der Sohn bei der Botschaft Erkundigungen ein, ersuchte hier, daß von einem Stipendium gar keine Rede sei, und auf dem Rückwege begegnete der Sohn dem Angeklagten in der Potsdamerstraße und bewirkte dessen Verhaftung. Bei den türkischen und bulgarischen Jungen führte sich der Angeklagte mit gleichen Schwindeltricks ein. Dr. Hoy bezeichnete den Angeklagten, der bei ihm Deutsch lernen wollte, aber nie ernste Anstalten dazu gemacht hat, als sehr beschränkt aber schlau. Daß er ein Türke sei, gehe aus seiner Sprache hervor, doch sei er ein sehr ungebildeter Türke, der das Türkische höchst unorthographisch schreibe und zum Schreiben eines Satzes eine halbe Stunde brauche. Wie er Student sein könne, verstehe er nicht. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete auf neun Monate Gefängnis.

Leipzig, 22. Juli. (Meihsgericht.) Beamte sollen keine Trinkgelder nehmen! Dies unterlagt klar und bündig der § 381 des Str.-G.-B., wo es heißt: ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Im Gegensatz zu dem folgenden Paragraphen, der sich gegen Annahme von Geschenken für eine die Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht in sich schließende Handlung wendet, ist das Charakteristische des § 381, daß eine in das Amt des Beamten einschlagende an sich nicht pflichtwidrige Handlung desselben befohlen wird oder werden soll. Die Grenze zwischen der Annahme des erlaubten und der des unerlaubten

Trinkgeldes bildet die Unterscheidung der Frage, ob das Trinkgeld nur bei Gelegenheit einer Amtshandlung gegeben wurde oder direkt für dieselbe. Das erstere ist straflos und dem Empfänger unbenommen anzunehmen, das letztere aber ist strafbar. Das Landgericht Lyck nahm nun das Vorliegen der zweiten Alternative an, als es am 2. Mai 1896 den Joll-einnehmer Leopold Huck in Zranksen wegen Vergehens im Amte in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 200 M. ev. Substitutivstrafe zu 20 Tagen Gefängnis auf Grund des oben erwähnten Gesetzes verurtheilte. Der Angeklagte, der als Beamter vereidigt ist und seit einiger Zeit im Kreise Dleho angestellt ist, scheint ein eingetretener Feinschmecker zu sein, dem besonders Krebse über alles gehen. Was den ersten Fall anlangt, so kam der Händler Rowikoff aus Rußland seit 10 Jahren wiederholt und ganz besonders häufig in den Jahren 1892 und 1893 über die Grenze und brachte Krebse nach Zranksen. Einer der besten Abnehmer, wenigstens was die Zahl der Krebse anlangt, war der Angeklagte, weniger qualifizirte er sich jedoch als Abnehmer, wenn es aus Bezahlen ging, denn er zahlte regelmäßig 20 Pf. weniger für das Schod, als der Zrankser Händler. Rowikoff als erfahrener Russe, fand das noch sehr bescheiden, wenigstens äußerte er auf einen diesbezüglichen Vorhalt: „Aber der Herr ist doch eben auf dem Jollamt!“ Die Frage des Gerichts, ob er zu diesen Preisen hätte verkaufen wollen, verneinte Rowikoff. Einmal wollte der Angeklagte dem Jengen Rowikoff, wie das Gericht meint, seine Macht fühlen lassen, indem er ihm eines Abends den Zutritt verweigerte; es sei schon zu spät, er könne ihn nicht mehr über die Grenze lassen, erklärte er ihm. Erst eine reichliche Portion Krebse erschloffen dem Händler den Weg. Das Gericht nahm an, daß die Abfertigung und der geringere Preis für die Krebse in dem Verhältnisse von Leistung zu Gegenleistung standen. Mehrlich verfuhr Huck mit dem Krebshändler Adam, der in Polen einige Seen gepachtet hatte, und den Ertrag an Krebse aus denselben nach Berlin verkaufte. Da er sehr oft gezwungen war, auch des Sonntags zu liefern, mußte er nach der Feststellung des Gerichts den Angeklagten günstig stimmen, damit er ihm auch des Sonntags abfertigte, was er gar nicht nöthig habe, wie er von Zeit zu Zeit in Erinnerung brachte. Er erhielt deshalb die Krebse unentgeltlich, nahm sich aber dabei oft 1-1 1/2 Schod von den besten Krebse zum Preise von 15 M! In seiner Revision gegen das Urtheil behauptete der Angeklagte, es habe sich in den kritischen Fällen um keine Amtsausübung gehandelt, sondern nur um Geschäftigkeiten bei Gelegenheit derselben. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision des Angeklagten.

Versammlungen.

Die Generalversammlung des Vereins der Zimmerer fand am 19. Juli bei Cohn in der Deuttschstraße statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken der inzwischen verstorbenen Kameraden G. Sachs und Schulz in der üblichen Weise. Hierauf sprach Genosse Feder in ausführlicher Weise über das Thema: Die Stellung der Presse und Behörden bei Lohnbewegungen. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Sodann verlas der Kassirer Dummert die Abrechnung vom zweiten Quartal 1896. Demnach beträgt die Einnahme 1658,09 M., die Ausgabe 2215,50 M., das Gesamtvermögen inklusive Bestand vom ersten Quartal beläuft sich auf 2457,37 M. Gewählt wurden als Revisoren Kottlow, Krause und Juppenlah. Nach Regelung einiger interner Vereinsangelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Ueber die Ergebnisse des Schneider- und Näherinnen-Kongresses in Eisenach berichtete Frau Klara Zeitlin-Stutgart in einer öffentlichen Versammlung, welche am 20. Juni bei Goh in der Alten Jakobstraße tagte. Rednerin führte aus, daß der Bericht der Häuser-Kommission einer eingehenden Kritik unterzogen wurde; theils wurde das Fehlen der Forderung nach Betriebswerkstätten, theils auch das späte Eintreten der Berliner Kollegenschaft in die Lohnbewegung gemißbilligt. Es sei aber der Häuser-Kommission, die einen schweren Stand gehabt, gelungen, nachzuweisen, daß nach allen Richtungen korrekt gehandelt sei. Solche einschneidenden, und die ganze Industrie umwälzenden Forderungen, wie die Kollegenschaft sie erhoben habe, seien nicht auf den ersten Ansturm zu erringen; dazu gehöre vielmehr eine jahrelange planmäßige und machtvolle Agitation und Organisation. Demnach reihe der große moralische Erfolg der Bewegung sei. Die bürgerlichen Kreise wurden, veranlaßt durch das ungeheure Uebers der Arbeiterinnen, gezwungen, Stellung zu nehmen; gleichfalls mußten die gesetzgeberischen Gewalten sich damit befassen. Diese Sympathie sei sicherlich nicht dauernd, daher müßten die Berufsge nossen durch eine weitere planmäßige Arbeit von unten herauf ihre Interessen wahrzunehmen suchen. Rednerin giebt dann einen Ueberblick der Stellungnahme des Kongresses zu den bekannten Forderungen, welche an die Gesetzgebung zu stellen sind. Wenn auch die ganze Sozialpolitik gegenwärtig „verstummt“ und unter der neuen Aera Preisel wenig zu erwarten sei, um so wichtiger und notwendiger ist es, daß der ehrne Schritt der Arbeiterbataillone dahinter steht. (Lebhafte Beifall). In der Diskussion versuchte Frau Dmoch neue Anhänger für ihre im Niedergang begriffene lokale Richtung zu gewinnen. Sie fand damit bei der Versammlung indes wenig Anklang. Tim schilderte die Thätigkeit jener Richtung bei der letzten Bewegung. Trotzdem Gelder für den Streik gesammelt wurden, habe man nichts dazu beigetragen, wohl aber jebezeit der einheitlichen Bewegung die größten Schwierigkeiten bereitet. Frau Engels rath, sich nicht mit der Frau Dmoch zu befassen, deren zerstörende Thätigkeit sei schon so bekannt, daß sie damit nirgends mehr Anklang fände. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Die „Freie Vereinigung der Betriebswerkstätten-Besitzer der Berliner Damenmäntel-Konfektion“ hielt gestern Abend in Rühne's Festsaal ihre erste ordentliche Sitzung ab. Der Vorsitzende, Herr Ludwig Hepl, theilte mit, daß seit Konstituierung des Vereins sich eine stattliche Zahl von Kollegen als Mitglieder haben einschreiben lassen und fast täglich neue Anmeldungen erfolgen. Herr Liebert hielt einen kurzen sachlichen Vortrag, in welchem er klar zu machen suchte, daß die Hauptaufgaben des Vereins zunächst darin beständen, für einen besseren Nachwuchs an Arbeiterinnen zu sorgen. Dies soll durch eine bessere Ausbildung der jungen Mäntelnäherinnen erreicht werden. Der Vortragende empfahl sodann die Einführung einer gemeinsamen Haus- und Geschäftsbücherei. Dem stimmte man allseitig zu, doch glaubte man an dem vom Vortragenden vorgelegten Entwurf noch einige Aenderungen vornehmen zu müssen und beauftragte deshalb den Vorstand, eine neue Vorlage zu entwerfen, welche möglichst allen Anforderungen entspricht. Die Einrichtung von Lehrstellen wurde einstimmig beschlossen und kam man dahin überein, es zunächst mit einer vierwöchentlichen kostenfreien Lehrzeit zu versuchen. Zur Annahme von jungen Mädchen behufs Ausbildung haben sich bereit erklärt: G. Warnstedt, Reinickendorferstr. 7a; Julius Liebert, Weinbergsweg 11b; Sorgah, Mantuffelstr. 70; Bohna, Neue Königstr. 20; Ludwigmann, Jonsstr. 12; Maas, Swinemünderstr. 148; Ladwig, Urbanstr. 68.

Versehen und letzte Nachrichten.

Barcelona, 22. Juli. Ein reicher Fabrikant Namens Ribot wurde verhaftet und dem Kriegsgerichte überwiesen, weil er einen Anarchisten am Tage nach der großen durch die Anarchisten veranlaßten Explosion bei sich verborgen hatte. Man nimmt an, daß Ribot dies nur aus Furcht gethan habe. —

Tokales.

Schneidererei-Giltsarbeiter! Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen fordern wir Euch zu regem Besuch der heute Abend 8 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, stattfindenden Versammlung auf. Die Streikkommission.

Zur Frage der Stadtbahn-Nebelextra wird uns geschrieben: Die unerträglichen Nebelextra im Stadtbahn-Verkehr durch Ueberfüllung der Eisenbahn-Wagen fordern mit immer größerer Dringlichkeit eine durchgreifende Abhilfe, die nur auf einem Wege, darüber sind die erfahrensten Eisenbahn-Techniker einig — geschaffen werden kann durch die Umwandlung des Dampftraktion-Betriebes in den elektrischen. Keine Bahnstrecke eignet sich so vorzüglich zu elektrischem Betriebe wie gerade die Stadtbahn. Der Betrieb würde ein viel weniger gefährlicher sein, die Lokomotiven fallen ganz fort, die Züge können kurz sein, im Ein-Minutenverkehr einander folgen und machen bei der Einfachheit der Betriebsmittel gar nicht einen so riesigen Apparat von telegraphischen Signalmitteln mehr nöthig!

Die Einrichtung des elektrischen Betriebes der Stadtbahn wird aber eine fast gebieterische Nothwendigkeit, wenn die elektrische Hochbahn fertig wird. Es wäre doch im höchsten Grade wünschenswert, daß Stadtbahn und Hochbahn direkt ineinander übergehen und das lästige und zeitraubende Umsteigen vermieden würde. Viele Tausende für Stationenanlagen, Sicherheitsvorkehrungen und unständliche Treppenhilfen würden erspart, wenn es möglich wäre, den Altschienenhorizont im Eisenbahnministerium zu erweitern und für diese wichtige Aufgabe Verständnis zu verbreiten. (Der Stadtbahnverkehr könnte auch durch ein Seil ohne Ende viel sicherer und billiger mit sog. stationären Maschinen betrieben werden.) Jedenfalls ist der elektrische Betrieb der nächstliegende, der dem zunehmenden Verkehr am besten anzupassen wäre, es brauchen nicht mehr wie heute massenhaft leere Wagen als todtte Last in langen Zügen mitgeschleppt werden, kurz eine Anzahl von Betriebs-Erleichterungen würden mit Verkehrsbequemlichkeiten Hand in Hand gehen.

Zur Nahrungsmittel-Kontrolle. Am Dienstag Vormittag sind in der Central-Markthalle nach erfolgter Einlieferung einem Händler 57 Kisten geräucherter Schellfische, etwa 480 Kilogramm schwer, und einem anderen Händler 15 Kisten derselben Waare, im Gewicht von ungefähr 200 Kilogramm, beschlagnahmt worden, weil die Fische verdorben waren. Sie wurden der Abdeckerei überwiesen.

Die Telegraphenämter sind, nach Mittheilung eines Berichterstatters, neuerdings wieder angewiesen worden, bei der Wortabgabe der ausgelieferten Depeschen den willkürlichen Wortzusammenziehungen entgegenzutreten und alle derartigen, dem Sprachgebrauch nicht entsprechenden Zusammenziehungen als zwei selbständige Worte zu berechnen.

Das kann zu endlosen Weilauflichkeiten Anlaß geben. Denn die Ansuchen darüber, was eine sprachgebräuchliche Wortzusammenziehung ist, was nicht, gehen weit auseinander. Schwerlich sind die Schalterbeamten dafür unbedingte Autoritäten.

Vor nächstlicher Ruheführung, die an Zivilisten schwer geahndet wird, braucht unser Kriegsheer nicht zurückzuführen. Wie uns mitgeteilt wird, zog in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag um 12¼ Uhr eine Abtheilung Soldaten mit klingenden Trommeln und Pfeifen durch die Werksstraße in Moabit und verquand schließlich in der Kaserne des 4. Garde-Regiments. Es muß das äußerst angenehm gewesen sein für die schlafenden Einwohner, besonders solche, die krank darniederliegen, so aus ihrer Nachtruhe aufgeschreckt zu werden. Da so mancher harmlose Wanderer, der sich mit bloßem Singen nachts vergnügte, schon einer exemplarischen Strafe verfallen ist, wäre es recht wünschenswert zu erfahren, ob dem Militär die nächtliche Musik ausdrücklich erlaubt wurde, oder ob hierzu eine Erlaubniß seitens der Polizei-Organen überhaupt nicht erforderlich ist.

Der in der Druckerei von Sittenfeld verunglückte Knabe hatte, wie uns mitgeteilt wird, nachmittags zwischen drei und vier Uhr sich spielerischerweise an der Transmissions des Fahrstuhls zu schaffen gemacht. Sein einer Daumen wurde vom Transmissionsriemen erfaßt und ihm abgerissen. Erst nach diesem Unglücksfall ist der Raum, wo die Transmissions angebracht war, durch eine Thür abgesperrt worden, wie man den Bräunen zugubeden pflegt, wenn das Kind hineingefallen ist.

Das Petroleum als Mittel zum Aufreissen des Küchenfensters hat wieder einmal Unheil gestiftet. Die in der Hochmeisterstraße wohnhafte Schneiderin Jakob griff gestern Vormittag, als das Feuer nicht in Zug kommen wollte, zur Petroleumlampe. Die herausfließende Flüssigkeit entzündete sich natürlich sofort und leitete die Flamme ins Innere des Gefäßes, das mit lautem Knall explodirte. Der brennende Inhalt ergoß sich über die J., welche glücklicherweise Geistesgegenwart genug besaß, sich sofort in einige im Waschfaß liegende nasse Garberohstoffe zu wickeln und so die Flamme zu erlöchen. Durch den Knall und den Schrei der Frau J. waren Nachbarn herbeigelockt worden, deren vereinten Anstrengungen es gelang, das entzündete Feuer, das den Fußboden und den Küchentisch ergriffen hatte, zu dämpfen. — Wann werden die Frauen endlich klug werden und dieses gefährliche Experiment unterlassen? Mit Steinholz oder selbst gewöhnlichen Holzspalttern läßt sich überall rasch Feuer anmachen. Wenn es aber schon Petroleum sein soll, so gieße man dasselbe erst auf die Kohlenhaufen und von da ins Feuer. In letzterer Form vermeidet man auch die Gefahr.

Von seinem eigenen Wagen überfahren wurde am Mittwoch Abend gegen 5 Uhr in der Reinickendorferstraße der 55-jährige Kutscher Josef Bress aus der Schulzendorferstraße Nr. 20. Er wurde so schwer verletzt, daß ein Schumann aus des 57. Reviers ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

Die Leichen zweier Mädchen wurden am Donnerstag Morgen fast zu gleicher Zeit im Wasser gefunden. Aus dem Goldfischteich landete ein Schuhmann des 33. Reviers ein ertrunkenes Mädchen, das kaum älter als 11-12 Jahre gewesen sein wird. Ob es verunglückt oder freiwillig ins Wasser gegangen ist, läßt sich nicht sagen. Die Persönlichkeit war noch nicht festzustellen. Das Mädchen, eine hübsche Blondine, trug ein blaues Kleid, einen rothen Unterrock, schwarze Strümpfe und Knöpfschuhe. — An der Weidenammer Brücke fand man die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mädchens mit dunkelblondem Haar. Es war bekleidet mit einem schwarzen Umhang, einer dunklen Blouse, einem grünen Rock, schwarzen Strümpfen und Handschuhen. Die Leiche, die ebenfalls unbekannt ist, trug Korallenohrringe und einen goldenen Ring am vierten Finger der linken Hand.

Eine jener gewissenlosen Gesindevermieterinnen, die vor den Miethskontrollen ausruhen, außer Stellung befindliche Dienstmädchen anlocken, um sie später der Prostitution in die Arme zu führen, ist am Mittwoch Mittag an Gerichtsstelle in der Person der unverheirateten Bertha Nowack kurz nach ihrer verant-

wortlichen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter verhaftet worden. Wie der „Volks-Zeitung“ mitgeteilt wird, hat die Nowack ihr abscheuliches Gewerbe in der frechsten Weise betrieben; sie hat die unerfahrenen Dienstmädchen überredet, vorerst Stellen als Köchinnen in obliquen Kneipen anzunehmen und sich auch sonst der gewerbmäßigen Kuppelerei schuldig gemacht. Das strafrechtliche Einschreiten gegen die Nowack ist auf Grund der Denunziation eines Tuchmachers aus Schwiebus erfolgt, dessen beide schöne Töchter im Alter von 17 und 19 Jahren durch die Machinationen der Kuppelrin ins Verderben gestürzt worden sind.

Aus den Nachbarorten.

Au die Parteigenossen von Tempelhof, Mariendorf und Umgegend! Das unlängst vom Arbeiter-Bildungsverein verbreitete Flugblatt mit der Aufforderung, sich der einzig für unsere Ortlichkeiten in betracht kommenden Organisation anzuschließen, hat leider nicht die erwünschte Wirkung gehabt. Da die Beiträge so gering sind (20 Pf. monatlich) die bei länger als 3 Wochen dauernder Arbeitslosigkeit oder Krankheit auch noch erlassen werden, so glauben wir, daß nur Interessenlosigkeit und mangelnde Erkenntniß ihrer Klassenlage der Grund ist, welcher die Parteigenossen von der Organisation fernhält. Wir rufen diesen deshalb zu: Sucht Euch im engsten Zusammenschluß mit Gleichgesinnten über eure wahren Interessen Aufklärung zu verschaffen, um im kommenden politischen Kampfe nicht isolirt dazustehen. Hierbei muß auch auf einen Uebelstand hingewiesen werden, der unseren Parteiverhältnissen zum Nachtheil gereicht. Wir haben in Tempelhof und Mariendorf keinen Saal zu Versammlungen zur Verfügung. Durch festes Zusammenhalten aller Parteigenossen ist es aber möglich, auch hierin Wandel zu schaffen. Auch aus diesem Grunde fordern wir alle noch nicht organisirten Parteigenossen auf, dem Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend beizutreten. Gleichzeitig machen wir auf die am 26. d. M. in Mariensfelde bei Teutschbein stattfindende Versammlung aufmerksam, in welcher Herr Dr. Wehl einen Vortrag über Naturkunde halten wird. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Der Gastwirth Bog, Berliner- und Bergstraßen-Ecke, hat sich verpflichtet, sein Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen herzugeben, sowie den „Vorwärts“ auszuliegen und sein Personal der Organisation der Gastwirthsgehilfen zu entnehmen. Die Lokalkommission.

Die Hausdurchsuchung bei Frau Gärtler in Rixdorf Hobrechtstr. 81, hatte nicht, wie von einem Berichterstatter mitgetheilt wurde, den Zweck, anarchistische Schriften, sondern Kleidungsstücke des Anarchisten Koschmann aufzufinden; nachdem die Beamten in der Wohnung Koschmann's in der Kirchhoffstraße vergebens gehandelt hatten, kletterten sie der Frau Gärtler einen Besuch ab, in der Annahme, daß sich die gesuchten Kleider bei ihr finden könnten, da Koschmann früher bei ihr in Kost war. Frau Gärtler, welche sich seit Jahresfrist von jeder politischen und agitatorischen Thätigkeit fern hält, legt Werth auf diese Nichtstheilung, da sie eine geschäftliche Schädigung befürchtet, wenn ihr Name mit dem Vertriebe und der Aufbewahrung anarchistischer Schriften in Verbindung gebracht wird.

Die Hausdurchsuchungen nach den Koschmann'schen Anzügen werden von einem Berichterstatter mit dem bekannten „Risten-aktentat“ auf den Polizei-Obersten Krause in Verbindung gebracht, das noch immer der Aufklärung harret.

Leichtfertige Handhabung einer Schußwaffe führte gestern Nachmittag in Nieder-Schönhausen einen innerlich ziemlich gut verlaufenden Unfall herbei. Auf dem Grundstück des Gärtner's Müller vergnügte sich dessen 13-jähriger Sohn damit, nach der Scheibe mit einem Teschin zu schießen. Eine Kugel flog an der Scheibe vorbei in den Nachbargarten und traf hier den mit Gärtnerarbeiten beschäftigten Militärinvaliden K. Dem K. wurde das rechte Ohr läppchen abgerissen. Jedenfalls ist es eine unverantwortliche Leichtfertigkeit des Vaters, einem 13-jährigen Knaben ein Feuergewehr in die Hände zu geben.

Jugendaufsuf. Diejenigen Personen, welche am Sonntag Abend 10 Uhr den Vorgang mit dem Gendarm im Dörsch'schen Lokale zu Weiskensee mit angesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse bei Ernst Geißler in Weiskensee, Weiskerstraße 22 I, abzugeben.

Die Roggenernte in der Umgebung Berlins ist zum größten Theile beendigt. Nur selten noch sieht man Kornmandeln auf dem Felde stehen. Der Ausfall der Ernte, welche durch das warme trodene Wetter der letzten Zeit sehr begünstigt wurde, ist in den meisten Fällen ein recht befriedigender. Das Getreide ist stark und lang im Stroh und der Körnerertrag ist durchaus zufriedenstellend. In der Nähe von Rosenthal gerietten durch die Unvorsichtigkeit mit Streichhölzern spielender Kinder sechs Mandeln Roggen in Brand und wurden vernichtet.

Die brandenburgische Fischerei-Schutzgenossenschaft hat jetzt durch Ausschicken von Krebseu den Versuch gemacht, die in ihrem Bezirk gelegenen Gewässer wieder mit diesen Thieren zu bevölkern, und zur Förderung dieses Versuches die Mitglieder aufgefordert, in den nächsten zwei Jahren den Krebsfang in möglichst geringem Umfange auszuüben. Besonders aber wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Fang von Krebsen, die vom Kopf bis zum Schwanzende nicht 10 Zentimeter messen, mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder entsprechender Haft bestraft wird. Bei der gleichen Strafe ist übrigens auch der Fang von Karpfen, die nicht 28 Zentimeter messen, verboten.

Als Uebungsplatz für das dritte Armeekorps ist ein etwa eine Quadratmeile großes Gelände, drei Meilen nordwestlich von Berlin, in Aussicht genommen. Es erstreckt sich auf die Gutsbezirke und Dörfergemeinden Dammsbrück, Seebeck, Schönwalde, Böhlow, Falkenhagener Forst; auch ein See, der Falkenhagener, liegt darin. Zum größten Theil ist es forstwirtschaftliches Gebiet. Die nächste Bahnstation ist Falkenhagener Seegefeld. — Läßt sich denn gar kein Dedland für diese Uebungsplätze aufreiben?

Mit der Betriebseröffnung der neuen Stadtbahn-Station Savignypfad, die voraussichtlich am 1. nächsten Monats wird stattfinden können, tritt dann für die ganzen Stadt- und Ringbahnstrecken — einerseits zwischen Bahnhof Charlottenburg und Friedrichstraße, andererseits zwischen Station Zoologischer Garten und Wedding sowie Zoolog. Garten und Schöneberg — eine Verschiebung sämtlicher Bahnstationenstrecken ein und damit eine Erhöhung des Fahrpreises auf das Doppelte auch für alle diejenigen Fahrten, welche bisher nur fünf Stationen umfaßten und also nur 10 bezw. 15 Pf. kosteten. Denn bekanntlich haben sowohl die Eisenbahn-Direktion Berlin als auch der Eisenbahn-Minister alle Gesuche der Charlottenburger Interessenten um Vertheilung des Hin- und Rückfahrpreises für die Strecke Charlottenburg-Friedrichstraße auch nach der Einfügung der neuen (sechsten) Station Savignypfad unter Hinweis auf die einschlägigen Tarifbestimmungen rundweg abgelehnt. Und nur für die Monatskarten ist die Vergünstigung angefallen worden, daß dieselben auch nach Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs für

alle diejenigen Stationsverbindungen, welche durch den Uebergang in die höhere Preisklasse dann eine Vertheuerung erfahren würden, die bisherigen Monatskartenpreise beibehalten sollen.

Diese Fahrpreiserhöhung ist das Ergebnis einer jener Schematisirungen, wie sie eine spezifische Eigenart, wenn auch keine Zierde bürokratischer Verwaltungen sind. Das Schema sagt einmal: Ueber die fünfte Station hinaus darf niemand auf der Stadtbahn für den einfachen Fahrpreis fahren. Wird aber irgendwo eine Station eingelegt, so verkürzt sich für alle benachbarten Stationen die einfache Strecke. Wie leicht könnte durch eine einfache „Verfügung“ diesem Widerspruch abgeholfen werden! Aber das widerstreitet dem Schema F.

Auch nicht einmal die — Leerzüge, welche Sonntags von Johannisthal-Niederschönweide nach Berlin abgelassen werden, dürfen in Baumschulenweg halten. Denn auf ein von den Bewohnern des Ortes an die Eisenbahn-Direktion gerichtetes Gesuch, in anbeacht der unverhältnismäßig geringen Zahl von fahplanmäßigen (im ganzen 5) Zügen, welche Sonntags bei Baumschulenweg hielten, wenigstens die des abends um 9³⁰, 10³⁰, 10³⁰ und 11³⁰ von Johannisthal für die Ausstellung abgehenden vier Leerzüge in Baumschulenweg zur Aufnahme von nach Berlin wollenden Fahrgästen halten zu lassen, ist den Petenten jetzt vom Direktions-Präsidenten Kranold kurz und bündig wieder der Bescheid geworden, daß dem Antrage aus — Betriebsrücksichten nicht entsprochen werden könne. Welcher Art die „Betriebsrücksichten“ sein sollen, ist natürlich nicht gesagt.

Witterungsübersicht vom 23. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meereshp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F.)
Swinemünde	761	W	8	wolfig	16
Damburg	762	WSW	4	heiter	16
Berlin	762	WSW	3	wolfig	17
Biesbaden	765	Sill	—	wollenlos	16
München	765	WS	3	Regen	16
Wien	761	W	2	wolfig	20
Saparanda	752	SW	2	Rebel	16
Petersburg	759	SO	2	bedekt	20
Sort	763	WSW	2	wolfig	15
Aberdeen	758	W	1	heiter	13
Paris	766	S	1	wollenlos	14

Wetter-Prognose für Freitag, den 24. Juli 1896.

Ziemlich heiter bei steigender Temperatur mit schwachen südwestlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Selbst der Pleitegeier findet im Theater Alt-Berlin nicht zu fressen. Der Konkurs über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Theater Alt-Berlin“ ist am 16. d. Mts. von dem Direktor Herrn Paul Blumenreich und dessen Stellvertreter Herrn Strangé bei dem Amtsgericht I angemeldet worden. Wie eine hiesige Korrespondenz erzählt, ist aber das gerichtliche Konkursverfahren von der zuständigen Behörde wegen Mangel an Masse abgelehnt worden. Ferner werden uns von derselben Seite folgende Einzelheiten über die Gründung und den Niedergang des „Theaters Alt-Berlin“ mitgeteilt: Die Gesellschaft war mit einem Stammkapital von 115 000 M. gegründet; unter den Gesellschaftern, die zumeist an der Erhebung des Theaters beteiligt waren, finden wir Herrn Baumeister Sehring mit 2000 M., Herrn Schriftsteller Paul Blumenreich mit 1000 M. beteiligt. Leider arbeitete, wie sich jetzt herausgestellt hat, die Gesellschaft vor Eröffnung ihres Theaters mit Unterbilanz, wovon jedoch die Gesellschaft bis zum 15. Mai keine Ahnung hatten. Am 22. Mai bereits war „Theater Alt-Berlin“ zahlungsunfähig und auf diesem Tage wurde eine Versammlung der Gesellschafter einberufen. Herr Direktor Blumenreich trat für Weiterhaltung des Kunstinstitutes ein, das man über Wasser halten müsse, weil dasselbe eine Probelese für das im Herbst zu eröffnende „Theater des Westens“ bilden solle und nun fand sich Herr Baumeister Sehring bereit, den übrigen Hauptgläubigern mit 127 000 M. Pf. noch einige tausend Mark zu zahlen, wofür ihm der Fundus zum Preise von 40 pCt. des Anschaffungswertes verschrieben wurde. Ebenso wurden dem Gesellschafter Michael Stemmer für eine Darlehensforderung von 60 000 M. Markte von 82 000 M. zedirt. Damals hätte schon der Konkurs angemeldet werden müssen, wenn nicht Herr Baumeister Sehring, der ja allerdings gedeckt war, finanziell beigesprungen wäre. Die Einnahmen betragen durchschnittlich täglich 300-400 M., die Gagen pro Mai und Juni je 44 000 M., so daß kein Tag ohne Unterbilanz verging. Angefällte, die 75 M. zu fordern hatten, mußten eine Quittung in der Höhe dieser Summe unterschreiben, erhielten jedoch nur 50 M. Von dieser Geschäftshandhabung ist übrigens gestern bereits die Staatsanwaltschaft verständigt worden. Die Passiva des Theaters „Alt-Berlin“ betragen 210 000 M. Die Gläubiger sind zusammengetreten, um die zur Erhebung des Konkurses notwendige Summe von 4000 M. anzubringen. Die schwer Geschädigten hoffen auf diese Weise noch etwas aus der Masse retten zu können. Im Theater „Alt-Berlin“ liegt fast alles unter Siegel. Gestern wurden die Vorhänge des Theaters von der Expedition eines hiesigen Lokalblattes, welches 1100 Mark für Annoncen zu fordern hat, gepfändet. Herr Paul Blumenreich, welcher Forderungen in der Höhe von 12 000 und 9600 Mark an die Gesellschaft „Theater Alt-Berlin“ hat, soll angeblich auf diese Summen zu Gunsten der Gläubiger Verzicht geleistet haben.

Diese Großmuth des Herrn Paul Blumenreich klingt zwar sehr edel, wir verstehen aber nicht, wie einer der Hauptgründer überhaupt noch Forderungen geltend machen kann.

Die Differenzen, die zwischen dem Arbeits-Ausschuß und dem Amtsvorstande in Treptow darüber schwelben, in wessen Hände die Verwaltung der Fundationen zu übergehen solle, sind jetzt als beigelegt zu betrachten. Bekanntlich glaubte der Arbeits-Ausschuß im Interesse der Ausstellungenbesucher zu handeln, wenn er die Sachen selbst in Verwaltung nimmt. Es hat nun zwischen beiden dahin eine Verständigung stattgefunden, daß die Fundationen während der ersten vier Wochen beim Arbeits-Ausschuß verbleiben und abzufordern sind. Nach Ablauf dieser Frist werden dann die noch nicht abgeholten Sachen dem Amtsvorstande in Treptow überwiesen. — Gefunden und abgeliefert sind jetzt 621, als verloren gemeldet 590 Gegenstände. Unter den gestern gefundenen Gegenständen befindet sich ein tadelloser Einhundertmarktschein, ferner ein Gebiß mit 16 Zähnen, das in Rairo gefunden wurde und sehr wahrscheinlich beim Entweichen einer Dame aus dem Mund gefallen sein dürfte.

Achtung! Kürschner, Achtung!
Pelz- und Mützen-Branche
 Selbständige, Arbeiter, Arbeiterinnen!
 Sonnabend, den 25. Juli, abends 7 Uhr, im alten Schützenhause,
 Linienstraße 5-6:
Große öffentliche Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streik in der Mützenbranche und welche Folgen hat derselbe für die Pelzkürschner. 2. Diskussion. (95/3) Die Fäuser-Kommission.

Freie Vereinigung der Bauanschläger Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
 am Sonntag, den 26. Juli 1896, vormittags 10 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Antrag Berlin. 3. Antrag Gerold. 4. Verschiedenes und Fragelasten. 34/10
 Der Vorstand.

Tischler-Verein.
 Am Sonnabend, den 25. Juli, abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zu dem am 23. August im Lokale „Sandsouci“ stattfindenden Sommerfest. 199/13
 Der Vorstand.

Kutscher, Kollkutscher, Möbeltransport- und Expeditionsarbeiter.
 Sonntag, den 26. Juli, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Pörsch. 2. Diskussion. 3. Aufstellung von zwei Kandidaten zu den Gewerbeerichtswahlen. Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein und Tanz. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
 244/5 Die Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin).
 Dienstag, den 28. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, in Keller's Festhale, Koppenstraße Nr. 29:
Inserordentliche General-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Antrag des Vorstandes und des Ausschusses auf Erhebung eines Extrabeitrags von 10 Pf. pro Woche auf ein Vierteljahr. 2. Beschlußfassung über die Lohnbewegung der Drechsler. Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
 802/5 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse der Buchbinder
 (Verwaltungskasse Berlin).
 Am Sonnabend, den 25. Juli 1896, abends 8^{1/2} Uhr, in Cohn's Festhale, Seuthstraße 21-22:
Haupt-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht pro 2. Quartal 1896. 2. Kontrollbericht. 3. Vortrag. 4. Verschiedenes. 27/1
 Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Sonnabend, den 25. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal des Herrn Jul. Henke, Naunynstraße Nr. 27:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten F. Zubeil. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal 1896. 4. Antrag des Vorstandes betreffend Erlaßung der Beiträge während der Streikzeit. 4. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
 272/2 Der Vorstand.
 Hente Abend: Vorstandssitzung.

Buchdruck-Maschinenmeister.
 Um den jetzigen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen, ist es notwendig, sich über die
Stellung und das Verhältnis des Maschinenmeisters gegenüber dem Hilfspersonal 2786b
 klar zu werden. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Maschinenmeister, ob organisiert oder nicht, zu der Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen am Freitag, den 24. Juli, im großen Saale der Arminhallen pünktlich 8 Uhr erscheinen.
 Der Vorstand des Vereins Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Achtung! Putzer. Achtung!
 Die Entgegennahme der Beiträge und Umschreibung der Arbeitskarten findet des Stiftungsfestes wegen am Sonnabend nicht statt; dagegen am Sonntag von 8-1 Uhr. Die Arbeitskarte Nr. 579 des Karl Droge wird hiermit wegen Prinzipverletzung für ungültig erklärt. 131/10
 Die Lohnkommission der Putzer Berlins und Umgegend.

Schäftebranche!
Verein deutscher Schuhmacher, Filiale V.
 Sonnabend, den 25. Juli, abends 9 Uhr, bei Sabiel, Rosenhalestraße 37: Versammlung. Vortrag. 308/7
Restaurant Strandshloß am Müggelsee.
 Empfehle mich den Vereinen und Gesellschaften. A. Dogbrodt.

Zentral-Krankenkasse der Tapezierer (Filiale I).
 Freitag, den 24. Juli, abds. 8^{1/2} Uhr, in Zubeil's Restaurant Lindenstraße 106:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung des 2. Quart. 1896. 2. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über „Armut und Gesundheitspflege“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 178/1
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersuchen
 Die Ortsverwaltung.
 J. A.: P. Engel.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
 Schönhauser Allee 148.
 Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Concordia-Trio, Thos. Thros Marit's Ion. Gyent. Ach. Origl. Satour, Krosodilimensch. Geschw. Tornoy, Trapes. Heglno-Truppe, Akrob., Lotty, Friedmann etc.
 Entree 30 Pfennige.

Feldshlößchen
 142 Müllerstraße 142.
 Telefon: Amt Moabit 1213.
 Täglich:
Konzert, Theater.
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Das Fest der Handwerker.
 Sonntags: Großer Saal.
 Mittwochs: Tanzkränzchen.
 Theodor Boltz, Organom.

Julius Wernau's Festsäle und Garten
 Schwerdterstraße 23/24.
 Jeden Montag u. Mittwoch
Große Spezialitäten-Vorstellung
 bei freiem Entree.
 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Vereinszimmer und 2 Kegeltischen zu vergeben. Telefon Amt III Nr. 2440.

Elysium, Landsberger
 Ailes No. 40.
 55541. Jeden Sonntag:
Garten-Konzert u. Ball.
 für Vereine noch Sonnabende frei.

Treptow Restaurant
 Neus Krug-Allee 4. z. Eichbusch.
 Sonnabend, den 25. Juli:
Großer Sommernachts-Ball.
 Gr. Pracht-Illumination des ganzen Etablissements. Verloofung von sehr schönen Gegenständen. — Humoristische Polonaise, wie solche noch nie stattgefunden hat. Diverse Ueberraschungen.
 Anfang 8 Uhr. Entree frei!
 Hierzu ladet ergebenst ein
 Georg Schulmeisterstrat.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein
Weiß- und Pilsener-Bier-Lokal,
 sowie Vereinszimmer für 50 Personen, noch jeden Tag frei.
Karl Schmidt, Köpplinerstr. 2.
Wein-Großhandlung und Groß-Deffillation
Porsch & Heinrich
 Berlin SO., 55491.
Schmidstr. 12, Neanderstr. 8.
Neu eröffnet!
 Vorzügliche Roth-, Rhein-, Mosel-, Ungar-, Tokayer-, Madeira-, Portweine und Sherry. Rum, Arac und Cognac in Gebinden, Flaschen sowie im Detail-Kauf zu den billigsten Tagespreisen.
Achtung!
 Allen Beteiligten zur Nachricht, daß das **Billard-Preisabsehen** am Sonnabend, von mittags 2 Uhr an, stattfindet. Reklamationen finden nach Freitag keine Berücksichtigung. Der Wirth, Gohlowskystr. 36. 2792b

Stolpe bei Wannsee
 Restaurant Lindenhof
 Besizerin **Wwe. Mattausch** empfiehlt Vereinen u. Gesellschaften seine inmitten herrlicher Waldung, umweit des Wannsees und Stolpes gelegenen Lokalitäten. 52882

Verwaltung der Kochanstalt Stadt Schlachthof
 verkauft von heute ab täglich (Sonntags vorm. von 7-9 Uhr):
Gefochtes Rindfleisch
 à 25 Pf. per Pfund. 5019L
Gef. Schweinefleisch
 à 35 Pf. per Pfund.

Achtung! Maurer! Achtung!
14. Stiftungs-Fest
 des 190/7
Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend
 am Sonnabend, den 25. Juli, im Schweizer Garten am Königsthor, bestehend aus
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
 Anfang des Konzerts um 4 Uhr.
 Von 6 Uhr ab im Saale: **TANZ.**
 Um 10 Uhr: Kinder-Packelzug, zu dem jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. Entree, Programm inkl. Tanz, für Herrn 50 Pf., für Damen 30 Pf.
Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet.
 Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und in den bekannten Zahlstellen des Vereins zu haben.
 Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Achtung!
Lese- und Diskutir-Klub „Süd-Ost“
Der Sommernachtsball
 verbunden mit 101/6
Vokal- und Instrumental-Konzert
 findet der Vokalperre halber
nicht am 18. Juli in W. Jakob's Park-Restaurant, sondern
am 25. Juli in Otto's Restaurant zum Karpfenteich
 statt. Die Billets behalten volle Gültigkeit.
Von 8 Uhr ab im Saale: Tanz.
 Eiter 60 Pf. Die Kaffeeküche ist geöffnet. Eiter 60 Pf.
 Anfang nachmittags 5 Uhr.
 Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten versehenen Geschäften und bei den Mitgliedern des Klubs zu haben. Da für Platz, Amüsement, gute und billige Speisen und Getränke genügend Sorge getragen ist, bittet um außergewöhnlich regen Besuch
Das Comité.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Sonnabend, 25. Juli, in den Viktoria-Sälen, Hermannstr. 48-50:
Sommernachts-Ball
 verbunden mit **Vokal- und Instrumental-Konzert**
 angeführt von Zivil-Berufsmusikern, Auftreten der beliebten Volkshumoristen Gebrüder Schlegel, unter Mitwirkung von Mitgliedern des Zither-Vereins „Heimatklänge“ (Berlin).
 Anfang des Konzerts 8 Uhr. Nach dem Konzert: **Tanz.** Herren 50 Pf. extra. Billets à 20 Pf. sind bei P. Steinführ, Kopstr. 45; B. Grünlag, Berlinerstraße 74; Pospischil, Steinneystraße 68 und in den Zahlstellen zu haben.
 2786b **Das Comité.**

Achtung! Britz. Achtung!
 Am Sonntag, den 26. Juli ev., in Bethge's Konzert-Park, Chausseestraße 39 (Endstation der Pferdebahn):
Großes Volksfest
 bei hochinteressantem, abwechselndem Programm.
 Billet 20 Pf. — Tanz 50 Pf.
 Hierzu ladet ergebenst ein
 224/5 **Der Vertrauensmann.**

Sonnabend, den 25. Juli, abends 8^{1/2} Uhr:
Grosse Dampfer-Mondsehein-Fahrt
 nach Strandshloß Müggelsee
 auf drei illuminierten Dampfern. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf. Abfahrt an der Stralauer Brücke. L. Kahnt.

Köpenick. „Pferdebucht“ Sonntag, 26. Juli:
Großes Kinderfest,
 verbunden mit allerhand Gelegenheits- u. a. Wettrennen, Sacklaufen für Mädchen und Knaben etc., wozu ergebenst einladet
 Sonntag, den 2. August: **Großes Erntefest.**

Freund's Inselgarten
Pichelswerder.
Möbel-Gelegenheitskauf
 passende Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstraße 28, sollen ca. 200 Wohn- und Kücheneinrichtungen, vertheilt gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 20, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderständer 10 Mark, Kommoden, Küchenspiegel 12, Nuthbaum-Küchenspiegel, Vertikons 20 Mark, Nachtschloß 25, Bettstellen mit Matratzen 15 Mark, Sophas 18, Säulenspiegel, Kleiderständer, hochlegant 20, Kränze mit Säulen und Strahlgläser 20, Ovaleinrichtungsstücke, Tischgarnituren 20 Mark, Vasen/vasen 75 Mark, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Kissen 5 Mark. Gebrauchte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außenhalb. 4591L

Wissen Sie schon
 daß Sie **Brunnenstr. 110**
 (neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Ignatz Sello** vorzügliche **Kimbeer-, Kirsch- u. Fruchtjäfte**, rein und dick, in feinst. Zucker eingef. 1.10 M. pr. Liter, **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (1/2 Liter) à 80 Pf., **Halb und Halb**, feinste Vitornisung, Orig.-Flasche (1/2 Liter) inkl. à 90 Pf., **alten Nordhäuser** per Liter 50 Pf., **medic. Ungarwein** Orig.-Fl. (1/2 Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtliche Sorten **Weine, Cognac's, Rum's** etc., Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu **Engrospreisen** beziehen. Ein Verkauf sichert mir Ihre dauernde Kundenschaft.
 Bitte genau auf No. 110 zu achten.
Fernsprecher Amt III, 1211.

Rohrtabak.
 Grinste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Mensilien.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.
Arbeitsanzüge
W. Pahr,
 Brunnenstr. 112.
Pneumatic Rover
 prima fabrikat, niedrigste Kassenpreise, kost. Theilzahlungen u. Bausch, Garantie. Kl. Hamburgerstr. 24/25.
 Kunden-Zischlerei mit Werkzeugen und Holz, 150 M., zu verkaufen. Gohle 9, Zigarren-Gesch., zu erfragen. 2791b